Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Kressin, Leipzig. — Verlag der Volksstimme G.m.b.H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G.m.b.H., Leipzig, Königstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postanstalten vierteljährl. 2.70 M. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: Die 7gesp. Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate v. auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 23. **Halle, Montag den 28. Januar 1918.** **2. Jahrgang.**

Schluß der politischen Debatte im Hauptausschuß.

Der Hauptausschuß des Reichstags führte am Sonnabend die Beratung der politischen Fragen fort.

Abg. David (Soz.):

Die Ergebnisse der bisherigen Verhandlungen sind mager und wenig befriedigend. Ein Abschluß mit der Ukraine allein wäre eine zweifelhafte Sache. Zur Ausübung des Selbstbestimmungsrechts wollen die Russen zunächst ein provisorisches Organ auf dem Wege der Verständigung unter den Parteien schaffen. In den Ostgebieten wird dem stattgegeben werden können durch Ausbau der Landesräte. Auch über die Räumung der besetzten Gebiete wird man reden können.

Den Polen kan ein Ausgang zur See nach Danzig durch Wirtschaftsverträge eingeräumt werden. Litauen hofft in Deutschland für die Erzeugnisse seiner sehr entwicklungsfähigen Bodenkultur Absatz zu finden. Nach Einnahme Rigas haben sich die Letten für Neutralisierung der baltischen Provinzen ausgesprochen, das würde eine Brücke werden zwischen uns und Rußland.

Die U-Boot-Hoffnung, in sechs Monaten die Engländer mürbe zu machen, hat sich nicht erfüllt. Von den Kriegstreibern wird die letzte Rede des Grafen Hertling als neues Friedensangebot bekämpft. Hinsichtlich Belgiens ist die positive Erklärung von seiten der Regierung abzugeben: Werden uns die Kolonien wiedergegeben, dann geben wir Belgien zurück. Die Scharfmacher schaffen die Ursache für Streiks, nicht die Arbeiter.

Abg. Naumann (Fortschr. Vp.):

Staatssekretär v. Kühlmann hat uns die Schwierigkeit der Verhandlungen in Brest gezeigt. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker sollte klar als Grundbegriff in die Mitte gerückt werden.

Die deutsche Regierung hat recht, wenn sie die besetzten Gebiete vor bolschewistischem Terrorismus bewahrt. Die Organe der Selbstbestimmung in den besetzten Gebieten sind auszubauen. Eine austrophile Lösung der polnischen Frage braucht durchaus nicht eine Quelle von Mißverständnissen zu sein.

Wenn die Friedensverhandlungen in Brest noch nicht zu bindenden Abmachungen geführt haben, so trägt der mürbe Zustand Rußlands selbst die Ursache. Es war angezeigt, ernsthaft auf Wilsons Friedensvorschläge einzugehen. Niemand kann aber verlangen, Deutschland solle anders als auf dem Boden der Integrität des Reiches verhandeln. Hinsichtlich Belgiens muß ein positives Wort in dem verlangten Sinne gesprochen werden. Wir freuen uns, daß die Gemeinschaft mit Oesterreich in den Vordergrund gestellt worden ist. Ist ein allgemeiner Friede ohne neue Schläge im Westen möglich, so soll er geschlossen werden.

Allen Ernstes muß ich Stellung nehmen

gegen die Arbeit der Unabhängigen Sozialisten,

durch Flugblätter und Aufrufe die Arbeitsverhältnisse zu unterbrechen.

Am 4. August 1914 erfolgte der Anschluß der Arbeiterklasse an das Volk: Es galt die Verteidigung in einem gerechten Kriege. Aber die Leute, die die Eroberungspropaganda betreiben,

der undisziplinierte Großadmiral v. Tirpitz und die Vaterlandspartei,

die haben die Staatsautorität in einer Weise untergraben, wie niemand zuvor. Sie können sich auch heute nicht als Hüter der Ordnung aufspielen, wenn die großstädtische Bevölkerung auf die Straße geht.

Erklärung des Staatssekretärs v. Kühlmann.

Meine Herren! Die Debatte der zwei Tage hat uns eine reiche Fülle von Gedanken und Gesichtspunkten zu denjenigen Gegenständen gebracht, welche der Herr Reichskanzler in seiner Rede dargelegt hat, und zu denjenigen Ausführungen, welche ich mir gestattet habe, Ihnen gestern zu unterbreiten, um den Verlauf der in Brest-Litowsk geführten Verhandlungen darzulegen. Es ist nicht menschenmöglich, auf eine so große bedeutende Debatte in allen Einzelheiten einzugehen.

Wenn ich zu den Bemerkungen des Grafen v. Westarp übergehen kann, so stand er abweichend von der Mehrzahl der Redner, die hier zu Worte gekommen sind, dem Verlauf und den Methoden der Verhandlungen in Brest-Litowsk ausgesprochen kritisch gegenüber. Wenn ich ihn recht verstanden habe, so ist eigentlich der Punkt, in dem er am stärksten differiert, der, daß die Delegation sich nicht auf den Standpunkt der Annexionen gestellt hat. Wie ich gestern sehr ausführlich dargelegt habe, ist eine solche Stellungnahme für die gegenwärtige Reichsregierung nach ihren ganzen Grundsätzen, nach ihrer ganzen Vergangenheit von vornherein unmöglich. Der Weg, den wir beschritten, ist wohl erwogen, der einzige Weg, auf welchem vollkommen restlos und harmonisch die gesamten Grundsätze der Regierung in Einklang zu bringen waren.

Wenn ich zu den Bemerkungen des Abg. Ledebour übergehen kann, so hat er von der Rolle der ukrainischen Rada und der diplomatischen Stellung ihrer Abordnung in Brest-Litowsk ein Bild entworfen, das unrichtig ist. Er sprach von einer russischen Föderation und davon, daß infolge dieser Föderation die Abgeordneten der ukrainischen Rada nur sozusagen als Unterabteilung der Delegation der Bolschewiki in Petersburg auftreten können. Dies entspricht nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Die Republik der ukrainischen Rada in Kiew ist sowohl von den Bolschewisten als von uns als selbständige Republik anerkannt worden. Die ukrainische Delegation hat uns sowohl mündlich wie schriftlich dargelegt, daß die spätere Schaffung der Föderation der russischen Volksrepubliken zu ihren Programmpunkten zähle. Auch auf Seiten der bolschewistischen Abordnung sind von Anfang an, solange sie hoffte, daß die ukrainische Rada-Abordnung als diplomatische Hilfstruppe für sie eintreten würde, Schwierigkeiten dagegen nicht erhoben worden. Als die Herren aber sahen, daß die Ukrainer ihre eigenen Wege gingen und national-ukrainische Ziele verfolgten, ist allerdings ein Umschwung eingetreten.

Was von dem Herrn Abg. Ledebour über gewisse Vorgänge in Riga ausgeführt worden ist, war — darauf lege ich Wert, dies festzustellen, — mir vollkommen neu, und ich weiß nicht, — wahrscheinlich würde ein derartiger Appell bei dem Herrn Abg. Ledebour auf den steinigen Acker fallen, wenn es ihm wirklich darum zu tun war, einen derartigen Vorgang aufzuklären, so wäre ich, wie ich dies den anderen Parteien gegenüber schon öfter ausgesprochen habe, dankbar gewesen, vorher von dieser Anfrage Kenntnis nehmen zu können. (Abg. Ledebour: Ich habe das vor vier Wochen vorbringen wollen. Da ist mir das Wort abgeschnitten worden. — Heiterkeit.) — Dafür muß sich der Herr Abg. Ledebour beim Präsidium beklagen, das eine Institution des Reichstages ist, auf welche die Regierung irgend welche Ingerenz nicht ausüben kann. Es ist mir infolge der Kürze der Zeit nicht möglich gewesen, diese Vorgänge soweit aufzuklären, daß ich eine amtliche Erklärung darüber abgeben könnte. Ich werde aber der Sache nachgehen und sie vollkommen aufzuklären suchen.

Der Herr Abg. Senda, der für die polnische Fraktion gesprochen hat, glaubte sich darüber beklagen zu sollen, daß zwar die Vertreter der Ukraine amtlich diplomatisch in Brest-Litowsk tätig gewesen seien, nicht aber die Vertreter der polnischen Nation. Die Vertretung der westlichen Randvölker in Brest-Litowsk ist wiederholt zum Gegenstand des Meinungsaustausches zwischen uns und der russischen Delegation gemacht worden. Herr Trotzki meinte eines Tages, warum die Vertreter nicht erschienen seien. Als ich aber meines Teils mich auf den Standpunkt stellte, wir seien ohne weiteres bereit, die Vertreterfrage in der entgegenkommendsten Weise zu behandeln, sobald er sich auf den Standpunkt stellte, wie es logisch ganz unausweichlich war, daß eben doch nur Vertreter bestehender Staatskörper zu den Verhandlungen zugelassen würden, trat er einen eiligen und nicht sehr geordneten Rückzug an und hatte es bisher aufs ängstlichste vermieden, an diese heiße Schiffsel jemals wieder heranzukommen. Also müssen die Herren, die sich darüber beklagen, daß die Vertreter der Randvölker noch nicht da sind, sich an die Vertreter der Gegenseite wenden. Auch Graf Czernin, mit dem ich in dieser Frage in vollster Uebereinstimmung stehe, steht auf meinem Standpunkte. Sobald die russische Delegation sich auf den Standpunkt stellt, es handelt sich um Vertreter von Staatskörpern mit Staatswillen, werden wir ohne weiteres die Frage praktisch in die Hand nehmen.

Bei der Ukraine liegen die Dinge anders, da ist sowohl von der bolschewistischen Regierung als von seiten der Mittelmächte die selbständige Staatspersönlichkeit und das Recht zur diplomatischen Vertretung anerkannt worden.

Wenn ich übergehen darf zu der Rede, die der Herr Abg. David gehalten hat, so hat er eine mir im Original noch nicht vorliegende Klage des Herrn Joffe über unsere Publikationen geltend gemacht. Unsere Publikationen werden unter erheblichen technischen Schwierigkeiten von den hier verbündeten Delegationen zusammen ausgearbeitet. Ich muß auch sagen, daß die Herren, die mit der Redaktion der Veröffentlichungen betraut worden sind, soweit ich es habe kontrollieren können, mit der größten Unparteilichkeit verfahren sind. Daß wir uns nicht darauf einlassen können, alles, was die russische Delegation häufig in vollkommen zweifelsfreier Weise zum Fenster hinaus redet, durch unseren amtlichen Apparat verbreiten zu lassen — das kann uns kein Mensch zumuten und kann auch kein Mensch von uns verlangen. Daß aber jedem der Mitglieder dieses hohen Hauses, der über Einzelheiten noch weitere Informationen haben will, durch meine Vertreter im Auswärtigen Amt diese Information in liberaler Weise zur Verfügung gestellt wird, dafür, glaube ich, kann ich eintreten. Ich bin überzeugt, daß die Weisung, die auch schon vorher ergangen war, über jede Einzelheit in erschöpfender Weise Auskunft zu geben, auch während meiner Abwesenheit von meinen Vertretern befolgt worden ist. (Sehr richtig!)

Der Herr Abg. David — und das möchte ich warm begrüßen — hatte darauf hingewiesen, daß der Vertretungskörper in Litauen wirklich verständig und ehrlich zusammengesetzt worden ist, so daß eine Vertretung des litauischen Volkes in seinen Schichten und Strömungen nach Möglichkeit erstrebt worden ist. Meine Herren, der Schluß, den ich daraus ziehen möchte, ist der, daß Sie Vertrauen zu uns haben sollen, daß da, wo wir weiter arbeiten werden, wir weiter arbeiten werden in dem Sinn und auf den Grundlagen, die für die Zusammensetzung des litauischen Vertretungskörpers maßgebend gewesen sind.

Es ist mir die Auffassung entgegengetreten, als würden wir für die Verbreiterung der anderen vorhandenen Vertretungskörper unbedingt bis zum Kriegsschluß zu warten die Absicht haben. Ich möchte diese Absicht ausdrücklich ablehnen. Wir werden unter den schwierigen Verhältnissen, wie hier häufig dargelegt worden ist — das Land ist nun einmal Etappengebiet, und der Krieg geht weiter — wir werden aber, wenn der Friede mit Rußland zustande gekommen ist, was sich einigermaßen mit den militärischen Notwendigkeiten vereinigen läßt, schon jetzt tun, um diese Verbreiterung schon während des Krieges zustande zu bringen. Ich werde meinen Einfluß in dieser Beziehung in die Wagschale werfen.

Der Herr Abg. Naumann hat eine Menge interessanter Gesichtspunkte aufgeworfen. Er hat mit einer Zartheit, die ich nicht zu teilen vermag, auf die Methode der Bolschewiki hingewiesen. Wir wollen die Sache beim Namen nennen. Trotzki hat mir gegenüber zweimal in der Diskussion offen kundgegeben: Unsere Regierung hat keine andere Grundlage als die Macht. Die Bolschewiki stützen sich einfach auf die brutale Macht, ihr Argument sind Kanonen und Maschinengewehre, (Sehr richtig!), und wenn der Herr Abg. Naumann leise von einer Art Bedrohung der persönlichen Existenz gesprochen hat, so möchte ich ihm mit Wilhelm Busch antworten:

„Denn seinem Dasein als Subjekt
wird alsobald ein Ziel gesteckt." (Heiterkeit.)

Also Meinungsverschiedenheiten werden durch Auslöschung des Gegners in radikaler und befriedigender Weise beigelegt. Die Bolschewiki predigen sehr schön, aber praktisch sieht es anders aus. Sie haben die finnische Volksrepublik feierlich anerkannt, sie haben die Freiheit dieser Volksrepublik, diplomatische Vertreter zu empfangen, niemals in Frage gestellt, aber wenn es auf die Praxis ankommt, Vertreter hinzuschicken, machen sie die größten Schwierigkeiten. Und wenn den Herren Berichte aus Finnland zur Verfügung stehen, werden sie wissen, daß die Soldateska dort eine Gewaltherrschaft ausübt, wie sie schlimmer in den schlimmsten Zeiten des Zarismus nicht dagewesen ist.

Wenn ich auf das Verfahren der Herren Bolschewiki gegenüber der mit so großem Pomp angekündigten gesetzgebenden Versammlung verweisen darf, so war die hauptsächlichste Vorbereitung, daß zwei Kreuzer sich vor das Taurische Palais legten und ihre Kanonen mit scharfer Munition auf die Fenster dieses Palais richteten. Als dieses Argument auch nicht durchschlagend genug war, wurden die Herren einfach mit Bajonetten nach Hause gejagt. (Hört, hört!)

Der Herr Abg. Naumann ist auf den Ausdruck austropolnische Lösung zurückgekommen. Meine Herren, es würde den Rahmen dieser Debatte weit überschreiten, wenn ich auf die sogenannte austro-polnische Lösung hier weiter eingehen wollte, ein Ausdruck, der mir, nebenbei gesagt, nicht ganz glücklich scheint. Ich hoffe, daß, wenn wir seinerzeit die große und wichtige Kardinalfrage „Mitteleuropa" besprechen, wir dann nicht allzu häufig von ihm Gebrauch machen werden. Die Frage ist — und der Herr Abg. Naumann, der Vertreter des Gedankens „Mitteleuropa", weiß das so gut wie die Regierung — außerordentlich schwerwiegend, und das zeigt sich auch darin schon, daß die Vorbesprechungen, die jetzt seit Monaten im Gange sind, und die sowohl von Oesterreich-Ungarn als auch von uns mit allem Eifer gefördert werden, noch nicht zu irgend einem „mitteilungsreifen" (um einen von dem Herrn Abg. Naumann geprägten Ausdruck zu gebrauchen) Zustande gelangt sind. Was Graf Czernin von Polen gesagt hat, das können wir auch ruhig von den anderen Randvölkern sagen, welche den Gegenstand der Debatte bilden werden. Wir haben genau dasselbe Zutrauen zu der Anziehungskraft des freien, großen deutschen Staates auf diese Völker, und die deutsche Politik wird nie, unter keinen Umständen zu kleinlichem Polizeidruck oder irgend welchen Mitteln greifen, die auf die Dauer meiner Ueberzeugung nach nur das Gegenteil dessen bewirken könnten, was wir bewirken wollen, nämlich ein freies, aufrichtiges und freundschaftliches Verhältnis zwischen uns und den Randvölkern.

Durchaus begrüßen möchte ich, was der Herr Abg. Naumann über die Beziehungen zu unseren Bundesgenossen, den Türken und Bulgaren, gesagt hat. Ich unterschreibe da jedes Wort, was gesagt worden ist. Diese Völker sind in schweren entscheidungsreichen Stunden, vertrauend auf den Stern des Deutschen Reiches, an unsere Seite getreten, und sie sollen in keiner Stunde der Friedensverhandlungen den Eindruck bekommen, daß das deutsche Wort nicht für jeden Deutschen bindend ist bis zum Ende. (Lebhafter Beifall.)

Der Herr Abg. Naumann hat ein Flugblatt verlesen, welches in vielen Beziehungen interessante Ausblicke gewährt. Wenn dieses Flugblatt die Ansicht der Unabhängigen Sozialdemokratie widerspiegeln sollte, und wenn diese Ansichten mit denen der Bolschewiki sich in vollkommener Uebereinstimmung befinden, wie wir mehrmals von der äußersten Linken gehört haben, so möchte ich allerdings an den Abg. Dr. David die Frage richten, ob er dann über die unbedingte Sicherheit des Trotzkischen Friedenswillens noch ebenso bestimmt und optimistisch denkt, wie er das heute früh zum Ausdruck gebracht hat. Ich möchte, wie ich das gestern auch getan habe, diesen Friedenswillen nicht leugnen. Ich bin gar nicht überzeugt, ob Herr Trotzki selbst eine absolut sichere Linie schon gezogen hat, ich möchte nur darauf hinweisen, daß derartige Aeußerungen — und ich kann es ruhig sagen, es sind mir auch derartige Aeußerungen von russisch-maximalistischer Seite mehr als eine bezeugt — doch immerhin die Möglichkeit erkennen lassen, daß bei diesen Herren noch eine andere Politik betrieben wird als die des offenen und ehrlichen Friedensschlusses mit den nun einmal wie die Sünde und das Gift verhaßten „Bourgeoisieregierungen der Zentralmächte".

Eins kann ich sagen, daß ich nach dieser Debatte, welche in weitestem Umfange für uns Klärung gebracht hat, mit vermehrter Ruhe und Sicherheit hinausgehe, um die schwierigen Verhandlungen, die noch bevorstehen, fortzusetzen. Sie können sich darauf verlassen, meine Herren, daß der ernste Friedenswille, der der oberste Leitstern der deutschen Regierung ist, uns dazu bewegen wird, auch weiter mit der größten Sachlichkeit und Geduld jeden Weg zu gehen, der

zu einem vernünftigen und ehrenvollen Frieden führen kann.

Ich darf es mit Dankbarkeit anerkennen, daß die Debatte hier im Reichstage, wie am ersten Tage hierzu die Hoffnung ausgesprochen worden ist, uns in dieser Beziehung eine stärkere, breitere Basis gegeben hat, als dies vorher der Fall gewesen ist.

Abg. Haase (U. Soz.):

Der aufgetauchte Zweifel über den ehrlichen Friedenswillen Trotztis prallt an dessen Persönlichkeit ab. Das Auftreten der deutschen Unterhändler hat die Verhandlung in Brest erschwert. Den Randvölkern ist das Selbstbestimmungsrecht einzuräumen. Die Abstimmung muß frei bleiben von militärischem Druck. Man darf die Letten auch nicht in verdeckter Weise annektieren wollen. Die Regierung darf dem Verlangen der oberschlesischen Kohlenmagnaten auf Annektion des polnischen Kohlenreviers nicht nachgeben.

Erklärung des Staatsministers Waltraf:

Der Herr Abg. Naumann hat heute vormittag ein Flugblatt erwähnt, das jetzt im Wortlaut mir vorliegt. Das Flugblatt klingt aus in den Ruf:

„Rüstet zum allgemeinen Massenstreik in den nächsten Tagen."

Ich habe zu diesem Aufruf folgendes zu sagen: Die Verbündeten Regierungen sind sich der Pflicht zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit unter allen Umständen bewußt. Die Ruhe, mit der ich dies ausspreche, soll an dem Ernst und der Festigkeit des Willens keinen Zweifel lassen. Ich kann aber auch deshalb in voller Ruhe sprechen, weil ich von unserer Arbeiterschaft, der ich in meiner früheren Tätigkeit jahrelang nahegestanden habe, eine viel zu hohe Meinung habe, als daß ich glaube, auch nur ein kleiner Teil unserer politisch und wirtschaftlich denkenden Arbeiterschaft könne einem solchen, nicht zu verantwortenden und unverantwortlicher Stelle ausgehenden Ruf zum Ausstand Folge leisten.

Wie ist denn die Lage? Wir stehen in Verhandlungen über einen Sonderfrieden mit Rußland. Daß wir nur über einen Sonderfrieden verhandeln, ist doch nicht unsere Schuld. Von Deutschland ist die Friedensresolution des Reichstages ausgegangen. Im gleichen Sinne hat Deutschland die Papstnote beantwortet. Mit Zustimmung der deutschen Delegierten ist von Brest-Litowsk aus der Ruf zur Beteiligung an den Friedensverhandlungen an alle unsere Feinde erklungen. Was war die Antwort von der anderen Seite? Fast immer Schweigen oder hohnvolle Zurückweisung. Und wenn wir trotz alledem jetzt in etwas die Atmosphäre der Friedensnähe atmen, dann danken wir das nicht nur unserer Friedensneigung, sondern auch der Einheit und Kraft, die wir bis jetzt Gott sei Dank bewahrt haben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180128-12/fragment/page=0001

Wer scheel sieht auf diese Einheit und Kraft, das sehen Sie aus den feindlichen Zeitungen, von denen noch jüngst der Temps in ähnlichen Worten wie das Flugblatt die deutschen Arbeiter zu Ausständen aufruft. Wenn es den Feinden gelänge, die innere Front zu zerbrechen, dann würden alle die Raubpläne unserer Feinde wieder aufwachen.

Der Krieg würde ins Unendliche verlängert.

Und gerade die Arbeiterschaft hätte davon wirtschaftlich und politisch die schwersten Folgen.

In den letzten Tagen ist hier viel von den Heimkriegern gesprochen worden, die von der warmen Ecke ihres Stammtisches aus Hunderttausende da draußen in den Tod senden.

Heimkrieger, die leichtfertig über Gut und Blut anderer verfügen,

sind auch meine Leute nicht. Aber es gibt noch eine andere Art von Heimkriegern, und das sind die Schlimmsten, die in aller Heimlichkeit und in sicherer Wahrung ihrer eigenen Person die Arbeitermassen an die Front des Wirtschaftskrieges schicken. Denn ein solcher Wirtschaftskrieg bricht auch die Front draußen und bringt den Männern Tod, die auch für Heimat, Weib und Kind des Arbeiters streiten. Und im gleichen Augenblick, in dem die deutschen Räder still stehen, werden

die Räder der Munitionsfabriken in Frankreich, England und Amerika doppelt emsig schaffen.

Der Krieg hat manche Schöpfung der Literatur uns gebracht, auch auf dichterischem Gebiet. Ein Gedicht hat vor allem mir tiefen Eindruck gemacht, es ist ein Bekenntnis des deutschen Arbeiters Karl Bröger an das Vaterland, das mit den Worten schließt:

„Herrlich zeigt es aber Deine größte Gefahr,
Daß Dein ärmster Sohn auch Dein getreuester war."

Nun, meine Herren, alle Stände, Arm und Reich haben gewetteifert in der Treue zum Vaterlande. Daß auch die deutsche Arbeiterschaft in dieser vorbildlichen Treue ausharrt, das ist und bleibt mein fester, zuversichtlicher Glauben.

Abg. Gräfe (Kons.):

Im Laufe der Verhandlungen ist Fürst Bismarck für das Selbstbestimmungsrecht ins Feld geführt worden. Welche Stellung Fürst Bismarck unter den heutigen Verhältnissen gegenüber Annektionen im Osten einnehmen würde, kann man nicht sagen. Von irgendeiner Oktroyierung der Stellungnahme der Ostvölker zu ihrer künftigen staatlichen Zugehörigkeit kann nach meiner Kenntnis der Dinge keine Rede sein. Ich stimme der Ansicht zu, daß die Lockerung unseres Bündnisses mit Oesterreich-Ungarn bedauerlich wäre; aber im deutschen Reichstag muß ausgesprochen werden, daß Artikel wie der des Wiener Fremdenblattes nicht erscheinen sollten. Die Vaterlandspartei darf nicht so hingestellt werden, als wäre durch sie Spaltung in das deutsche Volk hineingetragen worden. Nicht Eroberungssucht ist es, wenn wir das zur Sicherung und Verteidigung des Vaterlands Notwendige fordern.

Abg. Mumm (D. Partei)

begrüßte die Aeußerung des Staatssekretärs Wallraf, die auch von der christlich-nationalen Arbeiterpartei willkommen geheißen wird. Redner erörterte sodann die baltische Frage und wünschte ein germanisches Königreich Flander.

Abg. Naumann (Fortschr. Vp.)

wandte sich gegen die Bezeichnung des Großadmirals von Tirpitz als Nationalheld; die Anerkennung seiner Dienste im allgemeinen ist ihm nicht zu versagen. Meine Kritik aber beginnt da, wo er seine mit Herrn von Bethmann Hollweg nicht übereinstimmende Politik außerhalb seines Amtes vertreten hat, wie es noch niemals von einem bisherigen Mitgliede der Regierung geschehen ist, und das jetzt, wo wir uns im Kriege befinden.

Die Erörterung wurde geschlossen. Die Petitionen wurden zum Teil als durch die Erörterung erledigt erklärt, zum Teil zur Erwägung hinübergegeben.

In der Schlußansprache führte der

Abg. Fehrenbach

aus: Meine Herren! Wir sind am Schluß unserer Verhandlungen angelangt. Bevor wir uns bis zum 19. Februar trennen, ist es mir ein Bedürfnis, Ihnen nach unserer mühevollen und gewiß nicht nutzlosen Arbeit eine gute Erholung zu wünschen.

Aber ebenso ist es mir ein Bedürfnis, — in Ihrer aller Namen, wie ich überzeugt bin, — dem Herrn Staatssekretär von Kühlmann, der morgen abend nach Brest-Litowsk zurückkehren wird, zum Fortgang des Friedenswerkes aufrichtig Glück zu wünschen.

Die Friedensverhandlungen sind so wichtig, daß der allgemeine Wunsch natürlich ist, sie bald einem guten Ende zugeführt zu sehen. Der Herr Staatssekretär hat wohl aus unseren Verhandlungen die Ueberzeugung gewinnen dürfen, daß die große Mehrheit des Reichstages seine Friedensbemühungen lebhaft unterstützt. Insbesondere kann er überzeugt sein, daß sein rückhaltloses Bekenntnis zu dem Bunde mit Oesterreich-Ungarn unsere volle Billigung findet.

Herr von Kühlmann hat heute früh als Leitstern der deutschen Politik den ernstlichen Friedenswillen gezeigt. Graf Czernin hat dem gleichen Gedanken für die österreich-ungarische Politik beredten Ausdruck gegeben. Die Uebereinstimmung mit diesen Zielen ihrer Regierungen ist aus den Verhandlungen der Delegation und unseres Ausschusses klar und deutlich herausgeklungen. Daß diesem Willen der Erfolg beschieden sein möge, daß diese Hoffnung Wirklichkeit werde, das ist unser aller lebhafter Wunsch. (Lebhafter Beifall.)

Neue Ausstände?

Die Debatten im Hauptausschuß des Reichstages über den Stand der Friedensfrage haben auf dem Gebiet der inneren Politik geendet. Bei der Frage, ob in den nächsten Tagen größere Ausstände auch in der Rüstungsindustrie Deutschlands zu erwarten seien. Friedrich Naumann hatte die Sprache auf jene in letzter Zeit eifrig verbreiteten Flugzettel gebracht, in denen die deutschen Arbeiter aufgefordert werden, nach dem Muster Rußlands im revolutionären Kampf Regierung und besitzende Klassen zu stürzen. Für die unabhängige Sozialdemokratie erklärte Abgeordneter Haase, daß sie dieser Propaganda fernstehe, aber im übrigen das Streikrecht der Arbeiter für gegeben und unantastbar halte. Die Auseinandersetzung schloß mit einem lebhaften Appell des Staatssekretärs Wallraf an die deutsche Arbeiterklasse, weiter wie bisher Treue gegen die Heimat zu beweisen. Im Anschluß daran erlassen die christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften kräftige Erklärungen, in denen sie sich grundsätzlich für die Kriegszeit und aus praktischen Gründen für den Augenblick scharf gegen den Massenstreikgedanken wenden.

Als vollkommen feststehend kann man nun ansehen, daß die große Masse der deutschen Arbeiter von jener Propaganda nichts wissen will, die unter dem Motto der Entfesselung des Bürgerkrieges getrieben wird.

Aber eine ganz andere Frage ist die, ob nicht Demonstrations- oder Zweckstreiks bevorstehen. Die politischen und seelischen Grundlagen dafür sind ohne weiteres gegeben. Das Treiben der Eroberungspolitiker hat in den Volksmassen ungeheuere Empörung ausgelöst. Der Gedanke, daß nach vollen 3½ Jahren Krieg Leute aus Eigennutz oder Verranntheit das Blutvergießen noch mutwillig verlängern möchten, wirkt auf das arbeitende Volk abstoßend und aufreizend. Und die deutsche Regierung hat jenen Elementen noch immer nicht eine so bestimmte und unzweideutige Absage erteilt, daß vollkommene Klarheit geschaffen worden wäre.

Eine noch größere Rolle für die starke Gereiztheit spielen die Ernährungsverhältnisse und die Wahlrechtsfrage. Zu Herrn von Waldow hat man nirgends im Volke das Vertrauen, daß er die Vorsorge für die Ernährungsverhältnisse im kommenden Jahr — am ablaufenden Wirtschaftsjahr ist natürlich nicht mehr viel zu ändern — befriedigend gestalten könnte. Das Ernährungswesen im Reich und in Preußen muß endlich in die Hände eines Mannes gelegt werden, der die dringenden Vorstellungen der Partei und der Gewerkschaften nicht einfach zu den Akten nimmt wie jede andere beliebige Eingabe der Interessenten.

Die preußische Wahlreform steckt noch immer im Sumpf, und die Regierung flößt nicht die Gewißheit ein, daß sie die Kraft besitzt, allen Widerständen zum Trotz ein neues Preußen zu schaffen. Wohl hat Kühlmann es für ganz ausgeschlossen erklärt, daß noch irgendeine deutsche Regierung sich auf den Standpunkt des Annexionsfriedens stellen könnte, wohl haben Friedberg und Drews das unbedingte Festhalten am gleichen Wahlrecht proklamiert, aber man vermißt die Zeichen des festen Willens, der aus diesen Worten Taten macht.

Bei schwerster Arbeit, unter keineswegs genügender Ernährung sind die Massen naturgemäß gereizt und nervös erschöpft. Seelische Leiden und körperliche Entbehrungen haben ihre Geduld aufgebraucht. So sind Streiks als Ausbrüche der Ungeduld und der Auflehnung in diesen Zeiten durchaus nicht unwahrscheinlich. Eine Gefahr für die Landesverteidigung brauchen sie in keiner Weise zu werden. Bei verständiger Haltung der Regierung, bei klarem Ausdruck ihres Friedenswillens würden sie ohne weiteres zu bloßen Demonstrationen für die außenpolitischen und innerpolitischen Ziele der Arbeiterklasse werden. Wenn insbesondere die Regierung Klarheit darüber schafft, daß sie vollkommen frei von den Scharfmachern ist, die geradezu rasend das gleiche Wahlrecht und jede soziale Reform anfallen, dann werden diese Bewegungen zweifellos ruhig verlaufen und rasch zu einer Verständigung führen.

Versuche zur Unterdrückung wären die größte Dummheit, welche die Regierung machen könnte, und gössen Oel ins Feuer. Mit bloßen Ermahnungen und gutem Zureden läßt sich die spontane Bewegung nicht beschwichtigen. Die Sicherstellung des gleichen Wahlrechts und der andern dringenden Forderungen der breiten Volksmassen sind das sichere politische Heilmittel gegen das Fieber, das wie alle andern kriegführenden Staaten auch Deutschland durchrüttelt.

*

Ausstands-Nachrichten.

Stockholm, 26. Januar. Aus Haparanda wird gemeldet, daß die allgemeine Einstellung des Eisenbahnverkehrs in Finnland, welche gestern als Vergeltung dafür beschlossen wurde, daß die Rote Garde zwei Eisenbahnbeamte niedergeschossen hat, später auf die Strecke zwischen Petersburg und Simola nördlich Wiborg beschränkt wurde.

Paris, 27. Januar. Madrider Zeitungen berichten aus Ferrol, daß die Linienschiffe Espana und Alfons XIII. und der Kreuzer Rio de Janeiro (?) seeklar gemacht wurden, um auf Befehl sofort nach Barcelona, Vigo und Bilbao abgehen zu können.

Madrid, 26. Januar. Der Tag verlief in Barcelona ohne Zwischenfall. Die meisten industriellen Werkstätten sind geschlossen. Ueber 25 000 Frauen legten die Arbeit nieder. Es geht das Gerücht, daß Marcelino Domingo und mehrere andere Syndikalisten verhaftet seien, doch ist diese Nachricht nicht bestätigt.

Buenos Aires, 26. Januar. Der Ausstand auf der argentinischen Zentral-Eisenbahn dehnt sich aus. Ausständige schnitten Telegraphendrähte ab. Truppen wurden zur Bewachung der Bahnhöfe entsandt. Der Arbeiterbund droht mit dem allgemeinen Ausstand.

Nach einer späteren Havasmeldung soll der Ausstand auf der argentinischen Zentral-Eisenbahn bereits beendet sein.

Streikversuch der Unabhängigen in Berlin.

Berlin, den 28. Januar. Der Lokal-Anzeiger schreibt: Der Demonstrationsstreik der unabhängigen Sozialdemokratie und der Spartakus-Gruppe in Groß-Berlin soll nunmehr heute beginnen. Gestern fanden noch zahlreiche vertrauliche Besprechungen statt, in denen die Meinungen aber noch weit auseinander gingen. Trügen nicht alle Anzeichen, so dürfte aus dieser Demonstration, die die Spartakus-Leute zu einem Generalstreik machen wollen, nicht sehr viel werden. Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine haben sich auf das entschiedenste gegen diesen Streik ausgesprochen; denselben Standpunkt nehmen auch die nationalen, christlichen Arbeitervereinigungen ein. Auch die polnischen Arbeiterorganisationen sind gegen den Streik; die Mehrzahl der in den Gewerkschaften organisierten Sozialdemokraten ist bekanntlich in Zentralverbänden vereinigt. Auch sie wollen von solchem Streik nichts wissen.

Graf Czernin an Wilson!

Im Ausschuß für Aeußeres der österreichischen Delegation machte Graf Czernin bei Beantwortung der an ihn gestellten Fragen folgende bedeutsamen Ausführungen:

„Ich mache auf einen großen Unterschied in der Kriegszielfrage aufmerksam, den ich bereits wiederholt hervorgehoben habe, und den die Herren immer wieder vergessen. Deutschland besteht nicht nur aus dem Deutschen Reiche auf dem europäischen Kontinent, sondern dazu gehören noch seine großen Kolonien, die zurückzubekommen es das Recht hat. Sie gehören zu seinem Besitzstand, und es ist selbstverständlich, daß es die Pfänder, die es besitzt, nicht aus der Hand geben kann, bevor es nicht die Garantien erhält, das es seinen Besitzstand wiederbekommt. Darum ist Deutschland in einer anderen Lage als wir. Wir haben das Glück, überall, außer in einem Teile Ostgaliziens, auf feindlichem Boden zu stehen. Wir brauchen die Faustpfänder in dieser Hinsicht weniger dringend."

Hinsichtlich seiner Antwort an Wilson erklärte der Minister, er habe diese Rede nicht nur gehalten, damit sie der Ausschuß höre, sondern auch Wilson. Wilson hatte hiervon bereits zur selben Stunde Kenntnis, wo der Minister im Ausschuß sprach. (Beifall.)

Was den Vorwurf des Delegierten Stransky wegen Verstümmelung einer Radiodepesche der russischen Regierung betrifft, erklärte der Minister, es handelt sich um einen revolutionären Aufruf der russischen Regierung an unsere Völker, welcher auf meinen Befehl unter meiner vollen Verantwortung gestrichen wurde. Ich finde das gar nicht merkwürdig. Ich halte es für eine meiner natürlichsten Pflichten, die Revolution zu bekämpfen. Ich werde dies stets mit allen gesetzlichen Mitteln machen, und was ich in diesem Falle getan habe, werde ich in Zukunft bestimmt auch fortsetzen.

Weil Stransky Trotzki das Bedauern darüber aussprach, daß er dem Minister angeblich gleichen soll, bemerkte der Minister: In einem Punkt besteht zwischen mir und Trotzki jedenfalls ein Unterschied. Wir sind beide in unsere respektiven Heimaten gefahren, um ein Vertrauensvotum der respektiven Körperschaften zu erlangen. Trotzki ist das mißlungen, und er hat als Antwort Maschinengewehre auffahren lassen und die Konstituante auseinandergetrieben. Wenn Sie mir dasselbe machen, lasse ich keine Matrosen kommen, sondern demissioniere. (Heiterkeit.) Was demokratischer und freiheitlicher ist, überlasse ich ihrer Beurteilung.

Das Vertrauensvotum für Czernin.

Wien, 26. Januar. Die Abstimmung im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten der österreichischen Delegation über das beantragte Vertrauensvotum für den Minister des Auswärtigen Czernin fand erst in später Nachtstunde statt. Das Vertrauensvotum wurde mit Zweidrittelmehrheit, nämlich mit 14 gegen 7 Stimmen, angenommen. Die 7 Stimmen der Opposition setzen sich aus 4 Stimmen der Tschechen und Südslawen und 3 Stimmen der Vertreter der tschechischen, italienischen und deutschen Sozialdemokraten zusammen. Der polnische Sozialdemokrat Daszynski enthielt sich der Abstimmung.

Der Krieg zur See.

Berlin, 26. Januar. Unsere U-Boote haben auf dem nördlichen Kriegsschauplatz

6 Dampfer und 2 Fischerfahrzeuge

versenkt. Die Dampfer waren meist tief beladen, bei zwei von ihnen konnte Bewaffnung festgestellt werden. Unter den beiden versenkten Fischerfahrzeugen befand sich der französische Fischkutter Hirondelle.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Berlin, 27. Januar (Amtlich). Neue U-Bootserfolge im Sperrgebiet um England. 20 000 Br.-R.-T. Ein großer Teil der Schiffe, die meist bewaffnet waren, wurde unter erheblicher feindlicher Gegenwirkung vor dem St.-Georgs-Kanal vernichtet.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Berlin, 28. Januar (Amtlich). Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, ist der türkische Panzerkreuzer „Sultan Javus Selim" (früher Goeben), der auf dem Rückmarsch von dem Vorstoß nach der Insel Imbros in der Enge bei Nagara festgekommen war, in die Dardanellen eingelaufen.

Christiania, 27. Januar. Die Versenkung des norwegischen 6000-Tonnen-Dampfers „Elsa" im Sperrgebiet auf der Reise von Java nach Norwegen mit wertvoller Ladung an Lebensmitteln hat in hiesigen Reder- und Geschäftskreisen große Erbitterung hervorgerufen, die sich diesmal auch besonders gegen England richtet und in der hiesigen Presse offen zum Ausdruck kommt. Die Blätter stützen ihre Angriffe darauf, daß das Schiff trotz des Einspruchs norwegischer Behörden gezwungen worden sei, die Sperrzone zu durchfahren, um zuerst Falmouth anzulaufen und darauf in Bristol 1700 Tonnen Zucker zu löschen, die von den englischen Behörden beschlagnahmt worden seien, worauf das Schiff von neuem nach Falmouth beordert und auf der Heimreise nach Norwegen durch das Sperrgebiet bei Dartmouth torpediert worden sei.

Konstantinopel, 26. Januar. Tagesbericht. An den Dardanellen blieb die Feuertätigkeit rege. Zwei feindliche Kriegsschiffe wurden durch unser Feuer von Land zum Abdrehen gezwungen. Ein feindliches Minensuchboot, das in die Tschandarle-Bucht einzudringen versuchte, wurde durch Feuer abgewiesen und zog sich mit drei Treffern zurück. An allen anderen Fronten ist die Lage unverändert.

Zwei deutsche Minensuchboote gesunken.

Aus Ringköbing wird gemeldet: Ein Schiffsboot mit sieben deutschen Marinesoldaten ist in Heuvig an der Ostküste Jütlands angelangt. Einer der Insassen ist tot. Das Boot stammt von einem deutschen Kriegsschiff. Die Bootsinsassen sind sehr erschöpft. Sie haben vier Tage in dem offenen Boot zugebracht. Aus Ringköbing wurde ihnen ärztliche Hilfe gesandt. Die Leute wurden zum Strandvogt gebracht und hier mit trockenen Kleidern versehen. Einer der Schiffbrüchigen ist indessen gestorben. Unter ihnen war ein deutscher Marineoffizier. Es steht fest, daß die Leute zu einem deutschen Torpedojäger gehören, der torpediert wurde oder auf eine Mine gestoßen ist. Einzelheiten fehlen noch.

Wie das Wolff-Bureau an zuständiger Stelle erfährt, handelt es sich um die beiden Minensuchboote „A 73" und „A 77", die auf Minen gelaufen und gesunken sind. Infolge unsichtigen und schlechten Wetters gelang es andern in der Nähe befindlichen Fahrzeugen, leider nur einen Teil der Besatzung der gesunkenen Boote zu retten.

Rußlands innere Kämpfe.

Nach einer Meldung der Vossischen Zeitung wurde auf der Straße in Petersburg u. a. Maxim Gorki durch eine verirrte Kugel am Halse verwundet.

Die Neue Freie Presse meldet aus Lemberg: Das ukrainische Partei-Organ „Dilo" erhält von der russischen Grenze die Nachricht, daß bei Luzk zwischen ukrainischen und bolschewistischen Truppen mit großer Erbitterung gekämpft werde. Der Angriff sei von den Ukrainern ausgegangen, die sich der im Besitz der Bolschewisten befindlichen Stadt bemächtigen wollten. Der Kampf dauerte bereits mehrere Tage. Der Kommandant der Bolschewisten habe sich an den Kommandanten der in diesem Frontabschnitt stehenden österreichischen Batterien mit der Bitte um Hilfe gewandt, der Aufforderung sei jedoch keine Folge geleistet worden.

Die bei Jekaterinoslaw zwischen den Ukrainern und den Bolschewiki entbrannte Schlacht tobt mit großer Erbitterung weiter. Der Bahnhof geht von einer Hand in die andere über. Die Ukrainer nähern sich mit großen Verstärkungen jetzt Charkow; Rorne ist von den Bolschewiki besetzt. Bachmatsch halten die Bolschewiki. Die Ukrainer besetzten Ploskirow und Schepiotorko, wo sie 105 Geschütze und 500 Maschinengewehre erbeuteten. Dagegen haben sich die Bolschewiki in Briansk und Lozora festsetzen können. In Poltare wurde der Altmann der ukrainischen Kosaken, Lastortschenko, von dem Atleten Dunajski ermordet. Dunajski wurde verhaftet. In Nowgorod-Sewiersk bemächtigten sich die Ukrainer zweier Batterien schwerer Geschütze und besetzten die Stadt. In Nikolajew haben blutige Zusammenstöße zwischen den Ukrainern und der Roten Garde begonnen. Die Ukrainer zogen sich zurück. Es eilt ihnen das 45. ukrainische Regiment zu Hilfe.

Lyoner Blätter melden aus Jassy, daß von russischen Truppen an der rumänischen Front keine Rede mehr sein könne. Die Schützengräben seien verlassen, die noch dort verbliebenen Soldaten verbringen die Zeit mit Zechen, Spielen und Diskutieren.

Die Leninsche Regierung hat das rote Kreuz aufgelöst und den Präsidenten sowie den Leiter verhaftet. Man kündigt auch die Verhaftung aller sozial-revolutionären Komitees von Moskau und der gesamten Provinz an.

Nach einer Meldung aus Haparanda, wurde der Hafen Kilia in Bessarabien von der eigenen Garnison zerstört; die Soldaten plünderten alle Läden und Geschäfte und zündeten die Magazine an. Die Stadt stand tagelang in Flammen; die Zahl der Menschenopfer ist beträchtlich, der Schaden beträgt mehrere Millionen Rubel.

Aus zuverlässiger Quelle wird gemeldet, daß man in Ingermanland Truppen gegen die Sowjet-Regierung organisiert, um Ingermanland von Rußland abzutrennen und es Finnland einzuverleiben.

In Viborg (Finnland) hat die Rote Garde den Bürgerkrieg verkündigt; die Kanonen der Viborger Festung sind gegen die Stadt gerichtet. Die dortigen russischen Soldaten begründen ihr Eingreifen in die finnischen politischen Verhältnisse mit der Absicht, den russischen Revolutionsgedanken durch eine finnländische Revolution nach dem Westen hin zu verbreiten. Der finnische Gesandte bezeichnete die Lage in Finnland als äußerst ernst.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180128-12/fragment/page=0002

Die Russen in Persien.

Stockholm, 27. Januar. Die persische Regierung erfährt aus Urmia, daß die russischen Truppen bei ihrem Rückzug alles verbrennen und vernichten, was ihnen im Wege steht. Im Laufe der letzten sechs Tage wurden gründlich ausgeplündert und danach in Asche gelegt folgende Städte: Choj, Salmat, Maraño, Urmia. Die Schäden sind ungeheuer groß. Hunderte von Menschen fielen den Greueltaten der Russen zum Opfer. In Beantwortung dieser Schandtaten drangen 12 000 persische Soldaten über die russische Grenze und vernichteten die ganze Umgebung von Mughan. Zahlreiche Dörfer wurden in Brand gesteckt, über 200 Familien ermordet.

Das südwestrussische Kampfgebiet.

Unsere Kartenskizze veranschaulicht sowohl das Gelände in Bessarabien, in denen Rumänen und Russen jetzt aneinander geraten sind, wie auch die Gebiete im Inneren der Ukraine, in der Maximalisten und die Soldaten der ukrainischen Rada miteinander im Kampf stehen. Die ukrainische Regierung hat ihren Sitz in Kiew, während die unter dem Schutz der Bolschewiki stehende Gegenregierung in Charkow die Gewalt hat. Die Petersburger Bolschewiki sind den Charkowern gegen die alte Rada zur Hilfe gekommen und sehen wir zwei getrennte Kampfgebiete. Im Norden der Ukraine stehen sich Ukrainer und Bolschewiki bei Homel und Mohilew gegenüber, im Osten und Süden bei Lupny und Jekaterinoslaw. Angesichts der sich widersprechenden Nachrichten aus beiden Lagern ist es unmöglich, ein klares Bild über die Entwicklung der Kämpfe zu geben.

Das Gebiet Süd-West-Rußlands, in dem sich die russisch-rumänischen und ukrainischen Kämpfe abspielen

Die Sprachgebiete Böhmens.

Die deutschen Parteien Böhmens haben mit Rücksicht auf die Parteikämpfe mit den Tschechen den Antrag gestellt, Böhmen in zwei nach Sprachen getrennte Verwaltungsgebiete zu zerteilen. Dieses Bestreben findet in der Presse allgemein wohlwollend Würdigung. Wenngleich starke deutsche Minderheiten in Prag, Pilsen und Budweis damit höheren Interessen geopfert werden müssen, so scheint doch diese Lösung der einzig mögliche Weg, um eine radikale Besserung der Verhältnisse zu erzielen.

Die Sprachgebiete Böhmens

Die Lage in England.

Iron Age teilt mit, daß die heftigen Schneestürme und die strenge Kälte in der verflossenen Woche die Verkehrsschwierigkeiten noch bedeutend erhöhten. Die Anzahl der stillgelegten Fabriken und Betriebe steigt andauernd. Die Verminderung der Produktion beläuft sich auf 60 bis 70 Prozent.

Newspaper World teilt mit, daß 90 englische Tage- und 60 Wochenblätter ihren Preis erhöht hätten. Evening News berichten, daß man hierzu übergeht, weil die Papierzufuhr vermindert und Schiffsraum notwendigerweise erspart werden müsse.

Die Daily News schreiben, daß wenn nicht bald ein System für eine ordentliche Verteilung der Lebensmittel eingeführt wird, in der nächsten Zukunft Verwicklungen erwartet werden könnten. Das Blatt spricht von beunruhigenden Vorzeichen und erklärt, daß in Liverpool und Batter Entschließungen angenommen wurden, worin die Arbeiter drohen, sich selbst aller Lebensmittelvorräte zu bemächtigen und sie selbst zu verteilen, falls nicht innerhalb vierzehn Tagen eine bessere Regelung getroffen sei.

Die Finanzlage Frankreichs.

Paris, 25. Januar. Temps zufolge betragen im Staatshaushalte Frankreichs die für 1918 vorgesehenen gewöhnlichen Ausgaben 7 769 818 035 Frank, denen an gewöhnlichen Budgeteinnahmen 7 530 623 930 Frank gegenüberstehen. Zur Deckung des Ausfalles von ungefähr 239 Millionen hat die Regierung die zuständigen Kammerausschüsse ersucht, die Prüfung einiger neuer Finanzmaßnahmen zu beschleunigen, und ferner vorgesehen, die von den Ausschüssen im Dezember bereits angenommenen Finanzausnahmen unverzüglich vom Parlamente annehmen zu lassen.

Für die Zeitdauer vom 1. August 1914 bis 31. Dez. 1917 ergibt sich für Frankreich folgendes Finanzbild: Budgetmäßige Kredite 106 500 000 000 Frank, dem Staatsschatze und der Finanzverwaltung flossen aus direkten und indirekten Steuern, Staatsschatzanweisungen, Anleihen usw. zu: 101 Milliarden.

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 27. Januar 1918 (Amtlich).

Westlicher Kriegsschauplatz.

Fast an der ganzen Front blieb die Gefechtstätigkeit gering. Bei kleineren Unternehmungen südlich von der Oise und in dem oberen Vogesen südlich von Lusse wurden Gefangene eingebracht.

Italienische Front.

Auf der Hochfläche von Asiago und östlich von der Brenta lebhafter Feuerkampf. Ein italienischer Angriff gegen den Monte Pertica scheiterte.

Von den andren Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Neues zur Weltlage.

Aus London wird gemeldet: Der Sonderkorrespondent Reuters an der englischen Front in Frankreich meldet, daß die Engländer einen neuen Teil der Westfront übernommen haben. Die englischen Laufgräben erstrecken sich nun bis St. Quentin.

Aus Paris wird gemeldet, daß eine neue Abteilung portugiesischer Truppen in Frankreich angekommen ist.

Matin meldet aus Marseille: Die französische Regierung beschlagnahmt vom 1. Februar an alle im Hafen von Marseille liegenden Schiffe; die Ueberseedampfer sowohl wie die Post- und Frachtdampfer haben keine festen Linien mehr, sondern werden je nach Bedarf verwendet. Die Gesellschaft Chargeurs Réunis wird ihre Schiffe für den Getreide- und Warentransport nach Südamerika verwenden. Der Postdienst wird verändert und herabgesetzt.

Mit Rücksicht auf den Stand der Getreidevorräte verfügte das schweizerische Militärdepartement, daß außer Brotgetreide auch Reis und Mais zur Herstellung von Backmehl verwendet werden soll, und zwar 70 Prozent Brotgetreide, 20 Prozent Maiskorn und 10 Prozent geschälter Reis.

Der römische Vertreter der Stampa schildert, mit welch ungeheurer Spannung man in Rom der Eröffnung der Parlamentssitzungen entgegensieht. Jedenfalls erwartet man eine wichtige Rede Orlandos als Antwort auf die Reden Hertlings und Czernins.

Wie Stockholms Tidningen aus Helsingfors erfährt, hat der finnische Landtag eine Abordnung bestimmt, die Finnlands Interessen bei den Verhandlungen in Brest-Litowsk vertreten soll. Sie besteht aus drei bürgerlichen und drei sozialistischen Mitgliedern.

Wilson erließ einen Aufruf, in dem er das Publikum auffordert, mit den Lebensmitteln sparsamer zu sein. Hoover teilte mit, daß er auf Lord Rhonddas Ersuchen nach mehr Weizen antwortete, daß er jedes Korn ausführen werde, das die amerikanische Bevölkerung vom normalen Verbrauch sparen könne.

Was die Entente von der Türkei fordert

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Vaterlandsparteiliche Werbemethoden.

Das Todesurteil des eigenen Mannes unterschrieben.

Der Schwäbischen Tagwacht wird aus dem Gäu, einem vom Bunde der Landwirte beherrschten Bezirk Württembergs, geschrieben:

Liebe Schwäbische Tagwacht! Da du so unerschrocken den Kampf gegen die politischen Kriegsverlängerer führst, sorge auch dafür, daß die neueste, auf dem Lande angewandte Methode der Vergewaltigung öffentlich bekannt wird.

Die Vaterlandspartei greift jetzt zu folgendem Werbeverfahren: Der Ortspfarrer, natürlich Vertrauensmann der Vaterlandspartei, veranstaltet mit der Ankündigung, daß er über den Frieden sprechen werde, eine Betstunde. In dieser Betstunde überzeugt er die Betrüder und Schwestern durch seine schwungvolle „Friedens"rede, daß das viele Blut unserer Gefallenen nicht umsonst geflossen sein darf. Gebietserweiterungen und Kriegsentschädigungen müssen der Lohn dafür sein. Zum Schluß wird den Bestundenteilnehmern, unter denen die Kriegerfrauen die Mehrzahl bilden, eine Liste zum Unterschreiben vorgelegt. Zögern die besorgten Frauen, ihre Unterschrift zu geben, so hilft mit sanftem Druck die Ueberredungskunst des Pfarrers, das gute Beispiel des Schultheißen oder die verschlossene Tür des Betsaals, die nicht früher geöffnet wird, bis alle unterschrieben haben, nach. Auch wer in der Bestunde fehlt, entgeht seinem Schicksal nicht. Ein gewichtiger Vertrauter des Pfarrers geht von Haus zu Haus und sammelt jede fehlende Unterschrift ein.

Selbst manchem Bauern unserer Gegend, in die durch die Kanäle der Kriegswirtschaft Geld in Strömen fließt, ist das alles ein bißchen harter Tabak, und so kommt der Pfarrer hie und da an den Unrechten. Aber die große Mehrzahl gibt geflügig die Unterschrift, besonders die Frauen. Kommen sie aus der Bestunde nach Hause, so setzen sie die Aussprache über das Thema fort und grübeln der Frage nach, was das mit dem Unterschreiben wohl zu bedeuten habe. Das eigene Todesurteil werde es ja wohl nicht sein; ob es aber nicht das Todesurteil des Mannes oder Sohnes im Schützengraben draußen gewesen sein könnte?

Inzwischen berichtet der Pfarrer dem Landesverein der Vaterlandspartei und diese der Zentrale in Berlin, „wie viele tausend Männer und Frauen begeistert einen deutschen Frieden fordern", bei dem die Feder nicht verderben darf, was das Schwert errungen hat. An den Kanzler und an Hindenburg gehen Telegramme, die alle den Willen des Volkes verkünden, daß der Friede nur mit Einwilligung der Obersten Heeresleitung geschlossen werden dürfe.

Manche der sinnenden Kriegerfrauen wird auf die Frage, wofür sie nur dem Pfarrer in der Bestunde ihre Unterschrift gegeben haben, Antwort bekommen, wenn sie die Nachricht ereilt, daß ihr Ehegatte den Heldentod fürs Vaterland gestorben sei.

*

Alldeutsche Geburtstagsglückwünsche.

Zum 59. Geburtstag Wilhelms II. hat der Tag sehr treffend an die Thronrede erinnert, die Wilhelm II. unmittelbar nach seinem Regierungsantritt gehalten hat: „Deutschland bedarf weder neuen Kriegsruhm, noch irgendwelcher Eroberungen." Wegen dieser politischen Richtung nennt die Deutsche Zeitung Wilhelms II. 30jährige Regierungszeit ein „Verhängnis". Dieses Verhängnis habe darin bestanden, daß der Kaiser nie die richtigen Männer an die Spitze der Regierung gestellt habe; die Nemesis für die Entlassung Bismarcks habe über allen gewaltet. Deshalb beschwören diese Triarier des Throns, dem Kaiser zu seinem Geburtstag glückwünschend, die Erinnerung an — das Jahr 1848 herauf:

„Möge das deutsche Kaisertum alle Zeit behütet sein vor den Schicksale heillosler Schwäche wie sie den unverbesserlichen Dilettanten und Romantiker auf dem Hohenzollernthrone dem König Friedrich Wilhelm IV. eignete, der vor den gefallenen Barrikadenkämpfern, den Vorgängern der Roten Internationale, den Hut ziehen mußte; dessen Unglück es war, daß er — im Gegensatz zu seinem Bruder Kaiser Wilhelm I. — nicht große Männer neben sich als Mitarbeiter stellen, sie ertragen, sie frei schalten und walten lassen konnte."

Nach den Alldeutschen ist also Wilhelm II. ein neuer Friedrich Wilhelm IV., weil er den starken Mann nicht beruft. Besonders in der Verbindung mit dem Vorwurf an die andern, daß sie nur einen Schattenkaiser wollten, hat diese Art Geburtstagsglückwunsch sicherlich manchen Reiz, wenn auch nicht den Vorzug der Liebenswürdigkeit.

Eine Kundgebung des Volksbundes.

Berlin, 26. Januar. Der Volksbund für Freiheit und Vaterland hat in seiner am Sonnabend abgehaltenen Sitzung von Vorstand, Arbeitsbeirat und Ausschuß die folgende Kundgebung beschlossen:

Vorstand, Arbeitsbeirat und Ausschuß des Volksbundes für Freiheit und Vaterland begrüßen in ihrer aus allen Teilen Deutschlands beschickten Tagung am 26. Januar 1918 mit besonderer Freude die Erklärung des Staatssekretärs v. Kühlmann vom 25. Januar 1918, daß volles Einverständnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn herrsche. Der Volksbund verurteilt aufs entschiedenste alle Treibereien, die geeignet sind, das gute Verhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu stören. Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit hat nichts zu tun mit derartigen Machenschaften. Im Verein mit seinen Bundesgenossen tritt es für die Beendigung des Weltkrieges durch ehrliche Verständigung mit den Gegnern ein.

Nichts würde die innere Einigkeit des Volkes mehr stärken, als eine rasche Erledigung der preußischen Wahlreform auf der Grundlage des allgemein, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts. Die Vorgänge im Ausschuß des preußischen Abgeordnetenhauses müssen den Eindruck einer beabsichtigten Verschleppung hervorrufen und sind geeignet, stärkste Empörung in den weitesten Volkskreisen zu erwecken.

Zugleich bedauert der Volksbund für Freiheit und Vaterland, daß die Forderungen des Reichstags auf freiere Handhabung der Zensur und des Vereins- und Versammlungsrechts bisher bei den beteiligten Stellen kein Gehör gefunden haben. Die Nichtberücksichtigung dieser Forderungen hat ohne Zweifel die Stimmung der breitesten Volksschichten in sehr ungünstiger Weise beeinflußt.

Aus der Partei.

Der gestäupte Seger.

In einer außerordentlich stark besuchten Versammlung in Plauen, die vor Beginn der Versammlung polizeilich abgesperrt werden mußte, sprach Reichstagsabgeordneter Schöpflin über den Verständigungsfrieden. Als Schöpflin das Treiben und den Charakter der Eroberungspolitiker geißelte und die Gefahr eines Machtfriedens für Deutschland darlegte, fand er besonders starken Beifall. Auch diese, als Kundgebung gegen die Eroberungspolitik und gegen die Bestrebungen der Reaktionäre gedachte Versammlung, konnten, so berichtet das Sächsische Volksblatt, die Unabhängigen nicht vorübergehen lassen, ohne den Gegnern der Arbeiterklasse Vorschub zu leisten. Sie hatten sich den Landtagsabgeordneten und Redakteur der Leipziger Volkszeitung, Seger, kommen lassen, der in der Diskussion sprach. Der Zweck seines Auftretens war, gegen die Sozialdemokratie zu hetzen, sie zu verdächtigen. Und da brachte es dieser Arbeitervertreter fertig, gegen die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, wie überhaupt gegen die Partei diesen infamen Satz auszusprechen: „Ich will ja nicht gerade behaupten, daß sie alle gekaufte Subjekte sind". Selbstverständlich setzte es sofort einen energischen Protest aus der Versammlung heraus. Im Schlußworte nahm sich dann Schöpflin Seger vor und zeigte, wie infam und feige zugleich die Haltung Segers ist. Unter großer Bewegung der Versammlung wies Schöpflin darauf hin, daß er kürzlich in Magdeburg, als dort der kommandierende General in einem Erlaß die Unabhängigen in den Verdacht brachte, englisches Geld könnte bei ihnen eine Rolle spielen, in einer Versammlung aufs schärfste Protest gegen eine solche Anschuldigung erhoben habe. Seger aber entblöde sich nicht, die Kampfgenossen, mit denen er bis vor Jahresfrist in der Partei zusammen gearbeitet habe, als gekaufte Subjekte zu beschimpfen. Ein Pfui nur gäbe es für einen solchen Arbeitervertreter und Landtagsabgeordneten. Die Anhänger der Unabhängigen in Plauen scheinen das infame Verhalten Segers selbst verurteilt zu haben, denn ohne ein Wort des Protestes hörten und sahen sie zu, wie an Seger diese moralische Exekutive vollzogen wurde. Einstimmig nahm die Versammlung eine Resolution im Sinne des Referats an, die auch gleichzeitig sich mit der Friedenspolitik der sozialdemokratischen Partei einverstanden erklärte.

Aus aller Welt.

Dampfmühle abgebrannt. Wien, 27. Januar. Gestern nacht ist die Dampfmühle zu Kaiser-Ebersdorf abgebrannt. Der Schaden wird auf 2 Millionen Kronen bezifffert. Als Ursache des Brandes wird eine heißgelaufene Welle vermutet.

Schweres Straßenbahnunglück. Berlin, 28. Januar. Bei einem gestern nachmittag in Schöneberg stattgefundenen Straßenbahnzusammenstoß wurden achtzehn Personen verletzt, darunter sechs schwer.

Letzte Nachrichten.

Aachen, 27. Januar. Ein weiterer Transport von 192 schwerverwundeten Austausch-Gefangenen aus England traf heute früh 9 Uhr auf dem Bahnhof Aachen-West mit dem Vereinslazarettzug G II der Stadt Köln ein.

Stockholm, 27. Januar. Wie Aftonbladet erfährt, wurde der schwedische Dampfer Jönköping 2 (1300 Br.-R.-T.) auf der Fahrt von Bergen nach Hull von einem deutschen U-Boot versenkt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180128-12/fragment/page=0003

Aus der Provinz.

Tagung der preußischen Landkreise.

Der Vorstand des Verbandes der preußischen Landkreise war vorige Woche in Berlin unter dem Vorsitze des Landrats v. Achenbach (Berlin-Teltow) zu einer Sitzung zusammen, an der Vertreter der Kreiskommunalverbände aus allen Teilen der Monarchie teilnahmen.

Den Gegenstand der Tagesordnung bildeten u. a. eine Reihe kriegswirtschaftlicher Fragen. Ferner wurden Maßnahmen erörtert, die von den Landkreisverwaltungen zur Fürsorge für die zurückkehrenden Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer auf den Gebieten der Berufsberatung, der Arbeitsnachweise und der finanziellen Hilfe, sowie in bezug auf Wohnungs-, Möbel- und Bekleidungsbeschaffung und Kriegeransiedlung zu treffen sein werden. Endlich nahm der Vorstand zur Frage der Vertretung der ländlichen Selbstverwaltung im Herrenhause Stellung, indem er die Auffassung ausdrückte, daß die in der jetzigen Vorlage vorgesehene Heranziehung der Selbstverwaltung zur Bildung des Herrenhauses lebhaft zu begrüßen sei, daß aber die der ländlichen Selbstverwaltung hierbei eingeräumte Beteiligung als das Mindestmaß angesehen werden müsse, das keinesfalls noch heruntergedrückt werden dürfe.

Merseburg. Eingebrochen wurde nachts in den Zeitungs-Verkaufsstand auf dem hiesigen Bahnhofe. Aus dem verschlossenen Pulte nahm der Dieb Bücher, Zeitschriften und Postkarten im Werte von ungefähr 75 M. mit. Die Nachforschungen nach dem Täter blieben erfolglos.

Querfurt. Androhung der Zwangsrationierung. Der Landrat gibt folgendes bekannt: Die Heeresverwaltung braucht dringend Kartoffeln; ich wende mich an alle Landwirte des Kreises mit der dringenden Aufforderung, sofort möglichst viel Kartoffeln abzuliefern, damit militärische Zwangsmaßnahmen vermieden werden. Die Ortsbehörden haben dies sofort zur Kenntnis aller Landwirte zu bringen. Die Kommissionäre ersuche ich, mit allen Kräften die Kartoffellieferung zu fördern.

Querfurt. Ein größeres Feuer brach am Freitag morgen in der Schnitzeltrocknungsanlage der hiesigen Vereinszuckerfabrik Rodiger u. Co. aus, das in wenigen Stunden, trotz schnellstem Eingreifen der Fabrikfeuerwehr und der städtischen Feuerwehr, die großen Vorräte an Trockenschnitzeln vernichtete. Die Schnitzel, annähernd 25 000 Zentner, lagerten zum großen Teil in Säcken. Der Schaden ist sehr erheblich. Obwohl durch Versicherung gedeckt wird, erwächst doch der Landwirtschaft ein fühlbarer Verlust. Das Wellblechdach des Gebäudes, sowie die Fenster und die innere Einrichtung des Trockenbodens sind vollständig zerstört, die Maschinen aber nicht beschädigt. Auf welche Weise das Feuer entstanden ist, läßt sich noch nicht sagen.

Weißenfels. Im Landkreis Weißenfels kommen auf die rote Lebensmittel-Zusatzmarke 42 zur Verteilung: 200 Gramm Graupen, 150 Gramm Suppenmehl und 250 Gramm Zweifruchtmarmelade.

Naumburg. Durch Einbruch sind einem hiesigen Geschäft vorige Woche mancherlei Waren, insbesondere gute Sorten Zigarren und Zucker, gestohlen worden. Die Diebe hatten an der Ladentür, am Pfosten, ein Stück Holz mit einem Stemmeisen entfernt, wodurch sie das Türschloß freilegten und nun ungehindert eintreten konnten. Vermutlich sind es wieder dieselben Personen, die schon früher einmal dort allerlei Waren gestohlen haben.

— Die Großjenaer Fähre war infolge des Hochwassers außer Betrieb gesetzt worden. Nun die Saale gesunken ist, konnte der Fährbetrieb wieder aufgenommen werden.

Naumburg. Alldeutsche Versammlungen in der Kirche. Dieselben Leute, die schon vor etlichen Monaten einmal die Kirche als Versammlungslokal benutzten, haben jetzt eine weitere Versammlung dieser Art folgen lassen. Wieder waren sie in der Wenzelskirche beisammen, wo sie zwischen dem Gesang von geistlichen Liedern allerlei Reden halten ließen. Der Oberpfarrer Neumann zunächst, der die Erschienenen begrüßte, wies auf unsere gute militärische Lage hin, sprach die Hoffnung aus, daß Deutschland den Sieg erringen würde, und sagte dann: „Bei den mancherlei Schwierigkeiten, die noch eintreten werden, ist wohl der Wunsch in unseren Herzen erwacht, wenn wir doch einen Bismarck hätten, um die Wünsche des deutschen Volkes zu vertreten. Aber auf Hindenburg wollen wir unsere Zuversicht setzen und außer auf diesen, setzen wir unsere Zuversicht und Hoffnung auf Gott.“ Seit wir in den Weltkrieg eingetreten sind, haben wir nicht vergeblich gehofft auf den Schutz und die Hilfe Gottes; er wird uns auch weiter gut führen, und zu rechter Zeit den rechten Mann an die Spitze stellen, die Interessen des Volkes wahrzunehmen.“ Hierauf sprach der General der Artillerie von Roehl über die militärische Lage und die Zukunftsaussichten Deutschlands nach dem Kriege. Im bezug auf den ersten Teil dieses Themas meinte er unter anderm: „Heute ist die russische Kraft dahin, zum zweitenmal sind wir bereit, die Entscheidung im Westen zu suchen. England steht mit starker Macht neben Frankreich, eine Flankierung durch Belgien ist, wie damals, nicht möglich. Nur ein Durchbruch ist zu erwarten, dessen Möglichkeit Redner unbedenklich bejaht, und er glaube bestimmt, daß auch die Opfer nicht groß sein werden. Unser glänzender Sieg bei Cambrai könne als Beispiel gelten. Bei der vortrefflichen Ausbildung der Truppen, der reichlichen Munitionsversorgung werde unter Führung des größten Feldherrn aller Zeiten nebst seinem unvergleichlichen Gehilfen der endgültige entscheidende Sieg auf dem Lande ebenso wie der des U-Bootes auf dem Wasser sicher sein!“ Und in bezug auf den zweiten Teil des Vortrages stellte der Redner folgende Forderungen auf: „1. Englands Weltherrschaft muß vernichtet werden; es muß die Freiheit der Meere zugestehen. 2. Wir müssen unsere Kolonien zurückerhalten. 3. Unsere Gegner müssen ihre Eroberungsabsichten aufgeben, nicht allein darf von einer Herausgabe von Elsaß-Lothringen, keine Rede sein, sondern auch Syrien, Arabien, Mesopotamien, Aegypten muß der Türkei zurückgegeben werden; Persien frei sein. 4. Belgien darf nie wieder sein Gesicht gegen Deutschland kehren, muß aus den Armen der Entente befreit werden und 5. muß mit Rußland ein derartiges Abkommen getroffen werden, daß unsere preußischen Grenzen militärisch gesichert sind und wir wirtschaftlich im Austausch der Produkte freundschaftlich verbunden bleiben.“ Durch alle diese Ausführungen ist klar erwiesen, daß es sich bei alledem um eine rein annektionistische Propaganda dreht. Für solche Bestrebungen aber eine Kirche zur Verfügung zu stellen, also einen derjenigen Orte, an denen sonst nur Liebe, Barmherzigkeit usw. gepredigt wird, das ist jedenfalls eine große Merkwürdigkeit.

Zeitz. Die Unabhängigen fühlen sich nicht wohl bei der fortgesetzt praktischen Friedensarbeit, die die Sozialdemokratie leistet. Und da nun zu allem Ueberfluß die übel belumdeten „Regierungssozialisten“ in letzter Zeit auch noch damit anfangen, dieser praktischen Friedensarbeit einen kräftigeren Ausdruck zu geben, so sind die Herren Unabhängigen eitel verlegen darum, was sie dagegen tun sollen. Diese Verlegenheit äußert sich auch im Volksboten, am drastischsten hierbei aber in einer Notiz mit der Spitzmarke „Ehrlichermeise“, die erst allerlei zusammenredet, was weder Sinn noch Verstand hat, die aber am Ende in bezug auf den Vorwärts, den Genossen Ebert „und ihre Komplizen“ sagt: „Aus allen ihren schönen Worten in bezug auf das Weltfriedensproblem haben sie niemals entscheidende Folgerungen zu ziehen vermocht. Politisches Schwätzen, aber keine parlamentarische Tat. Vielmehr hat die verbürgerlichte Sozialdemokratie ihren ganzen politischen und parlamentarischen Einfluß dazu bei entscheidenden Abstimmungen aufgeboten, ihn als Schwergewicht in die Wagschale des Nationalismus und unverhüllten Chauvinismus zu werfen. So und nicht anders wird und muß sie auch künftig handeln, wenn es gilt, die Sicherung des Friedens durch neu zu bewilligende Kriegsgelder herbeizuführen. Sie ist im Sumpf und bleibt darin. Jeder Schritt führt sie nur tiefer hinein. Sie zieht aus dem Talmisozialismus alle praktischen Folgerungen, die ehrlicherweise daraus gezogen werden müssen“. Das sind die alten abgedroschenen Redensarten, die wie mit einer Gebetmühle immer wieder hergeleiert werden, hinter denen aber auch nicht der geringste Inhalt steckt. Was verstehen denn eigentlich die Herren Unabhängigen unter den so bitter notwendigen „Taten“? Seit Jahr und Tag reden sie nun immer wieder davon, aber niemals hat man auch nur die leiseste Andeutung darüber gehört, worin diese Taten nach völlig unabhängiger Meinung bestehen sollen, vor allem aber: noch nie hat die Welt gesehen, was die Unabhängigen an solchen Taten getan haben, so sehr doch diese Herrschaften nun völlig unabhängig, völlig frei von jeder Rücksicht sind! Wäre es da nicht besser, die Unabhängigen gingen erst einmal aus ihrer Reserve heraus und sagten und zeigten, was sie eigentlich wollen, ehe sie immer von neuem wieder mit ihren Redensarten kommen? . . .

Zeitz. Ermittelt. Der Polizei ist es gelungen, den bei dem Schuhmachermeister Meier, Kalkstraße, im Mai 1916 stattgefundenen Brand, sowie die Brände bei dem Gutsbesitzer Günther in Hainichen und Döring in Rasberg aufzuklären. In sämtlichen Fällen liegt Brandstiftung vor. Als Täter kommt ein hiesiger Schuhmacherlehrling in Frage, der die Brandstiftung bereits eingestanden hat.

Letzte Lokal- und Provinznachrichten.

Halle, 28. Januar 1918.

Stadt-Theater. (Spielplan vom 28. Januar bis 2. Februar.) Montag: Das Dreimäderlhaus. Dienstag: Zum erstenmal „Jugendfreunde.“ Mittwoch: Iphigenie auf Tauris. Donnerstag: Undine. Freitag: Don Juan. Sonnabend nachmittags: Zum letzten Male „Aschenbrödel“, abends: Doktor und Apotheker.

Arbeiter-Sekretariat, Halle (Saale).

Im Hause der Gewerkschaften, Harz 42/44, Zimmer 5 bis 7. Sprechstunden nur wochentags von 11—1 Uhr und abends von 5—8 Uhr. Sonnabend nachmittags und Sonntags geschlossen.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Nudeln. Von Dienstag ab auf Marke 129 des Warenbezugsscheins 12 jede Person 1/4 Pfund.

Kondensierte Milch. Dienstag vormittag von 8 1/2—11 Uhr: Nr. 52 501—57 500, nachm. von 2—6 Uhr: Nr. 57 501—63 000 der Lebensmittelscheine in der Talamtschule. Einzelne Personen und Haushalte bis zu zwei Angehörigen erhalten entweder eine Büchse kondensierte Milch zu 1.90 M. oder eine Flasche kondensierte Milch zu 2.40 M. Größere Haushalte können für die gleiche Menge beziehen, für jede weitere Person erhält ein Paket Milch-Pulver für 40 Pf.

Cichorie. Dienstag, vormittag von 8 1/2—12 Uhr Nr. 52 501—57 500, nachmittags von 2—6 Uhr Nr. 57 501—63 500 der Lebensmittelscheine. Für jede Person wird ein Paket zum Preise von 1.40 M., in der Talamtschule abgegeben.

Bekanntmachung.

Unter dem Pferdebestand in den Ställen der Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen in der Lutherstraße hier ist die

Räude

ausgebrochen.

Halle, am 25. Januar 1918.

Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung

Anmeldungen zur Landsturmrolle betreffend.

Durch den Aufruf des Landsturms vom 28. Mai 1915 ist u. a. die ganze jüngste Jahresklasse des Landsturms I. Aufgebots — jetzt Geburtsjahrgang 1901 — betroffen worden.

Die Verpflichtung zur Anmeldung zur Landsturmrolle beginnt mit dem Zeitpunkte des Eintritts in das wehrpflichtige Alter, also mit der Vollendung des 17. Lebensjahres.

Diejenigen Wehrpflichtigen, **die bis einschließlich 31. Januar 1918 das 17. Lebensjahr vollendet haben,** werden hierdurch aufgefordert, die Anmeldungen zur Landsturmrolle — soweit dies noch nicht geschehen ist — in der Zeit vom 5.—9. Februar von 10—1 Uhr vormittags im Stadthaus, Schmeerstraße Nr. 1 II, Zimmer Nr. 18 zu bewirken.

Die nicht in Halle oder in den eingemeindeten Vororten (Giebichenstein, Trotha und Cröllwitz) geborenen Wehrpflichtigen haben bei der Anmeldung einen **standesamtlichen** Geburtsschein (nicht Taufschein), der zu diesem Zwecke kostenlos erteilt wird, vorzulegen. Für die in Halle oder in den früheren Vororten Geborenen genügt jeder andere amtliche Ausweis, wie Invalidenkarte, Arbeitsbuch, Schulzeugnis.

Unterlassung der Anmeldung hat Bestrafung nach den Militärstrafgesetzen zur Folge.

Halle, am 24. Januar 1918.

Der Zivil-Vorsitzende der Ersatzkommission Halle (Stadtkreis).

Unentgeltlich!

Kochkisten-Beratung

Rathausstraße 17.

Täglich 5—7 Uhr, außer Sonnabends und Sonntags.

Fernruf 2481.

Hallescher Hausfrauenbund.

Frau Justizrat Hündorf.
[3645] Frau Professor Wolff.

Die Internationalität und der Krieg
von Karl Kautsky — Preis 20 Pf.

Elsaß-Lothringen und die Sozialdemokratie
von Hermann Wendel — Preis 40 Pf.

Zu haben in der

Buchhandlung Volksstimme, Halle
Gr. Ulrichstraße 27.

Buchhandlung der Volksstimme

Fernsprecher 5407 **HALLE** Gr. Ulrichstraße 27

Empfehlenswerte Schriften belehrenden und unterhaltenden Charakters:

Die Gleichheit Zeitschrift zur Verfechtung der Interessen der schaffenden Frau.
Einzelnummer . . . . . 10 Pf.

In freien Stunden Wochenschrift, enthaltend spannende Romane und interessante Erzählungen für jede Arbeiterfamilie. Wöchentlich eine Nummer zum Preise von . . . . . 15 Pf.

Der Wahre Jacob Illustrierte politisch-satirische Wochenschrift, die einzelne Nummer . . . . . 15 Pf.

Berliner Illustrierte Zeitung
Einzelnummer . . . . . 10 Pf.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
herausgegeben unter Leitung von Dr. med. Zadek. Ca. 50 verschiedene Bändchen . . . . . à 20 Pf.

Dokumente zum Weltkrieg
Bearbeitet von Eduard Bernsteln

Reichhaltige Roman-Bibliothek
der beliebtesten Autoren.

Für die Schneiderei:
Modenzeitung / Frauenzeitung / Praktische Damenmode
Hausschneiderei/Sonntagszeitung/Deutsche Modenzeitung

Gustav Uhlig
Untere Leipziger Straße
Billige, gute Bezugsquelle
in vorteilhaften
Musikinstrumenten
für unsere Krieger im Felde und Verwundeten in der Heimat. Dauerhafte, rein abgestimmte
Mundharmonikas
Mandolinen, Gitarren
Wiener Ziehharmonikas.
Sonntags geöffnet von 1/2 12 bis 1/2 2 Uhr.

3 Könige
Varietee / Kl. Klaußstr. 7
Das neue glänzende Programm!
Jede Nummer ein Schlager!

Bio
Gr. Ulrichstr. 57

Die Affäre
Clemenceau
Douibronowska.
Sensationelle Prozeßakten in 5 Abteilungen.

In der Rolle des Detektivs und Verteidigers
— Karl Auen —
als: [514
Rat Auheim.

Stadt-Theater
Dienstag, den 29. Januar 7 1/2 Uhr:
Jugendfreunde
Lustspiel von Fulda.
Mittwoch:
Iphigenie auf Tauris,
unter persönlicher Leitung von Generalmusikdirektor Dr. Richard Strauß.
Donnerstag: Undine.
Freitag: Don Juan.
Sonnabend nachm.: Aschenbrödel, abends: Doktor und Apotheker.

Arbeiter-Notiz-Kalender
für 1918
wieder vorrätig in der
Buchhandlg. Volksstimme
Halle, Gr. Ulrichstraße 27

Küchen-Einrichtungen
in groß. Auswahl, empfi
497] D. Schumann,
Landwehrstraße 21.

„Schmelzers Höhe“
Eichendorffstr. 19
Ausschank des beliebten Hackerbräu, München, und Pilsener der Brauerei Fr. Günther.
Familienverkehr — Treffpunkt für Skater.
Werte Freunde und Gäste ladet freundlichst ein
Familie Fr. Emmer.

Alte, abgespielte auch
511] zerbrochene
Grammophon-Platten
kauft zu festgesetzten Preisen ohne Gegenkauf
Gustav Uhlig
Uhren u. Musikwerke,
untere Leipziger Str.
Sonntag geöffnet von 7,30 bis 8,30 Uhr vorm. und mittags von 11,30 bis 1.30 Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180128-12/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 23. **Halle, Montag den 28. Januar 1918.** **2. Jahrgang.**

Halle und Saalkreis.

Halle, 28. Januar 1918.

Wo bleibt das Mietseinigungsamt?

Die Streitigkeiten über Mietsangelegenheiten hatten schon in Friedenszeiten einen großen Umfang. Infolge der durch den Krieg geschaffenen Zustände haben sie sich stark vermehrt. Unzählig sind z. B. die Streitfälle zwischen Hausbesitzern und Kriegerfrauen. Die Erledigung solcher Angelegenheiten vor dem Amtsgericht ist im allgemeinen, ganz besonders aber wiederum jetzt in der Kriegszeit, sehr umständlich und kostspielig. Es war daher zu begrüßen, daß der Bundesrat durch Verordnungen vom 15. Dezember 1914 und 26. Juli 1917 die Errichtung solcher kommunaler und gemeinnütziger Einigungsämter empfiehlt und fördert, die sich zur Aufgabe gestellt haben, zwischen Vermietern und Mietern zum Zwecke eines billigen Ausgleichs zu vermitteln. Inzwischen sind solche Einrichtungen auch in fast allen Großstädten mit bestem Erfolge errichtet worden.

In Halle a. S. beschäftigte sich auf ein Gesuch des Gewerkschaftskartells hin am 15. November 1915 die Stadtverordnetenversammlung mit dieser Frage. Jedoch wurde der Antrag, die Eingabe dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen, abgelehnt, ebenso der Antrag des Stadtverordneten Hoe, eine „Ueberweisung als Material" vorzunehmen. Die weitere gesetzgeberische Ausgestaltung der Mietseinigungsämter und ihre ersprießliche Tätigkeit in fast allen Großstädten veranlaßte das Gewerkschaftskartell, am 10. August 1917 den städtischen Körperschaften erneut die Bitte um Errichtung eines solchen Schiedsamtes zu unterbreiten. Diesmal hatte das Vorgehen auch den Erfolg, daß die Stadtverordnetenversammlung dem Gesuche mit großer Mehrheit zustimmte und dieses dem Magistrat „zur Berücksichtigung" zuwies.

Inzwischen ist wieder einige Zeit darüber hingegangen, aber man hört und sieht von irgendwelchen Vorbereitungen zur Schaffung der Einrichtung nicht das geringste. Deshalb erheben wir die Frage: Warum läßt der Magistrat die Wünsche eines so großen Teils der Halleschen Bevölkerung und der Stadtverordneten unbefriedigt? Soll Halle auch auf diesem Gebiete der Sozialpolitik zurückstehen? „Unterderhand" (dem heute leider nötigen und nicht mehr ungewöhnlichem Wege, um etwas zu erlangen), ist uns bekannt geworden, daß der Magistrat angeblich keine geeignete Persönlichkeit habe, der das Amt des Vorsitzenden übertragen werden könne. Sollte das wirklich wahr sein, in einer Stadt wie Halle, die so viele juristisch gebildete Leute besitzt? Dieser Grund der Verzögerung klingt uns wenig wahrscheinlich. Man denke doch daran, welcher Riesenapparat mit dem Stadternährungsamt und vielen andern Instituten geschaffen wurde. Und da sollte nicht auch eine so wichtige Einrichtung wie ein Mietseinigungsamt ins Leben gerufen werden können? Ist doch das mit eines der Mittel zur Bekämpfung der Wohnungsnöte der minderbemittelten Bevölkerung.

Wir hoffen, daß nunmehr der Magistrat den Wünschen recht bald nachkommen und einen entsprechenden Plan vorlegen wird.

Selbst der Magistrat ruft nach Hilfe!

Die vorstehenden Zeilen über das bisher noch ausgebliebene Mieteinigungsamt waren bereits geschrieben, da liefert uns der Magistrat selbst einen Beweis dafür, wie notwendig dieses Amt ist. Er sandte uns nämlich folgendes zur Veröffentlichung:

Der letzte Quartalstermin hat mehreren Hausbesitzern Veranlassung gegeben, von den bei ihnen wohnenden Kriegerfrauen eine sofortige Erhöhung des Mietzinses, teilweise unter Androhung der Kündigung im Falle der Weigerung, zu verlangen. Ein solches Verfahren ist nicht nur gesetzlich unzulässig, sondern muß auch aus vaterländischen Gesichtspunkten auf das schärfste verurteilt werden.

Eine Kündigung der Wohnung und damit indirekt eine Erhöhung des Mietzinses ist, so lange der Ehemann im Felde steht, nur mit dessen ausdrücklicher Zustimmung praktisch durchführbar, auch wenn die Ehefrau den Mietvertrag mitunterschrieben haben sollte. Keinesfalls ist eine Zwangsvollstreckung in die der Ehefrau gewährten Kriegsunterstützung oder gar eine zwangsweise Räumung der Wohnung während der Dauer des Krieges zulässig.

Es soll nicht verkannt werden, daß in diesen gesetzlichen Schutzvorschriften zugunsten des zum Heeresdienst einberufenen Mieters eine Härte für den Hausbesitzer durch etwaige Erhöhung der Hypothekenzinsen und anderer Hauslasten liegen kann, aber die Erhaltung des bisherigen Heims und die Befreiung von Sorgen des täglichen Lebens für unsere die Heimt schützenden Mitbürger muß den privaten Interessen des Vermieters nun einmal vorangehen. Andrerseits genießt ja auch der Hausbesitzer gegen unangemessene Steigerung oder Beitreibung rückständiger Hypothekenzinsen den Schutz der Kriegsgesetze, indem das Gericht ihm Stundung auf Antrag gewähren kann. Außerdem gewährt die Stadt den Kriegerfrauen einen monatlichen Zuschuß zur Bezahlung der Miete bis zur Hälfte, jedoch höchstens 30 M., ohne dafür, wie es in den meisten andern Gemeinden üblich ist, vom Hausbesitzer als Gegenleistung einen Verzicht auf ¼ oder ⅓ des Mietzinses zu verlangen. Sollten Fälle solchen gesetzwidrigen, rigorosen Vergehens der Hausbesitzer in größerer Zahl bekannt werden, so wird die Stadt schließlich ebenfalls solchen Verzicht verlangen müssen, abgesehen von andern Schutzmaßnahmen.

Eine Erhöhung des städtischen Mietzuschusses auf mehr als die Hälfte und mehr als monallich 30 M. ist ausgeschlossen, da die Stadt hiermit schon in Verbindung mit den sonstigen laufenden Unterstützungen mehr gewährt als die meisten andern Gemeinden. Glaubt der Hausbesitzer im einzelnen Falle um eine Erhöhung des Mietzinses aus besonderen Gründen nicht herumkommen zu können, so mag er dies mit dem im Felde stehenden Ehemann schriftlich vereinbaren, wobei selbstverständlich die Erhöhung nicht sofort, sondern erst nach Ablauf der Kündigungsfrist gefordert werden darf. Ebenso ist dem zum Heeresdienst einberufenen Ehemann, nicht der Ehefrau, eine etwaige an sich zulässige Kündigung schriftlich rechtzeitig zuzustellen. Praktisch läßt diese sich aber, wie oben bemerkt, nur mit Zustimmung des Mieters, nicht durch zwangsweise Räumung ausführen, unterbleibt daher in der Regel besser.

Uebrigens halten auch die hiesigen Haus- und Grundbesitzer-Vereine eine allgemeine Erhöhung der Mieten unter Androhung von Kündigung gegenüber den Kriegerfrauen nicht für erwünscht und nicht durchführbar.

Kriegerfrauen, die den Mietvertrag mit unterschrieben haben, aber nicht höhere Miete zahlen und nicht freiwillig räumen wollen, steht ebenso wie ihren abwesenden Ehemännern das Recht zu, auf Grund der Bundesrats-Bekanntmachung zum Schutze der Mieter vom 26. Juli 1917 in Ermangelung eines Einigungsamtes das hiesige Amtsgericht anzurufen. welches nach billigem Ermessen und endgültig über die Wirksamkeit der erfolgten Kündigung des Vermieters und über die Erhöhung des Mietzinses zu entscheiden hat. Nur muß der Antrag unverzüglich nach Empfang der Kündigung gestellt werden.

Es ist zu hoffen, daß etwaige gesetzwidrige Kündigungen und Steigerungen zurückgenommen und alle Hausbesitzer in Halle gerade den Kriegern und ihren Familien das Durchhalten nicht erschweren werden, damit ein Eingreifen der zuständigen Zivil- und Militärbehörden zum nächsten Oster-Quartals-Termin vermieden wird.

Bedarf es angesichts dieses Notschreies des Magistrats, der zugleich eine ernste Drohung enthält, noch eines weiteren Beweises dafür, wie berechtigt unsere erneute Forderung auf Einrichtung eines Mietseinigungsamtes ist? Dem Magistrat selbst wachsen die Dinge über den Kopf, und er sieht keinen andern Weg, als eine Flucht in die Oeffentlichkeit! Dabei sind alle von ihm angegebenen Verhaltungsmaßregeln für die Katz, weil eben die Hausbesitzer nicht wollen und den Mietern der Weg übers Amtsgericht zu beschwerlich ist, ganz abgesehen davon, daß ja hierdurch die ohnehin überlasteten Gerichte am Ende gleich gar nicht mehr fertig werden. Nein, hier hilft nur ein Einigungsamt. Wird es der Magistrat endlich bringen? ...

Gerade jetzt

ist die kritischste Zeit der Weltpolitik

Gerade jetzt

kommt alles auf die Schlagkraft des Proletariats an

Gerade jetzt

braucht das Proletariat eine starke Presse

Gerade jetzt

muß deshalb jeder Arbeiter die Volksstimme abonnieren

* **Nein, er gefällt mir nicht, der neue Bürgermeister.** Endlich hat auch die Hallesche Zeitung herausgefunden — das dauert gewöhnlich immer so seine Zeit —, auf welche Seite sie sich gegenüber den letzten Reden des deutschen Reichskanzlers und des österreichischen Außenministers zu legen hat. Deshalb sagt sie zunächst gegenüber dem einen, nach seiner Rede scheine sich unsere amtliche Politik wieder in der aussichtslosen Verteidigungsstellung behaupten zu wollen, die sie seit dem Anfang des Krieges bezogen habe und aus der sie längst herausgedrängt wäre, wenn sie nicht immer Entsatz durch die militärischen Erfolge erhalten hätte. „Jedenfalls darf als ausgeschlossen betrachtet werden, daß wir je auf dem wiederum vom Kanzler beschrittenen oder vorgezeichneten Wege zur siegreichen Beendigung des Krieges kommen können, es sei denn, daß militärischerseits Tatsachen geschaffen werden, die unsere amtliche Politik zur Vorbewegung zwingen. Andernfalls wird der Verständigungsfrieden auf Wilsons Grundlage — trotz alles inneren Sträubens — die für uns bittere Frucht dieses Ringens sein, und das um so mehr, als man in Oesterreich geneigt ist, die Wilson-Botschaft als brauchbare Grundlage für einen allgemeinen Friedensschluß zu behandeln. Gegenüber ihrem andern unglücklichen Opfer aber sagt dieses konservative Blatt, Czernins Rede habe gezeigt, wo sich die Wege zwischen Wien und Berlin — scheiden, jawohl! scheiden. Die Hallesche Zeitung wünscht jedoch völlige Klarheit, „sei es auch durch den nicht leichten Entschluß, der verbündeten Donaumonarchie freie Hand zu lassen, falls sie glaubt, ohne den Rückhalt des Deutschen Reiches einen für sich günstigeren Frieden erzielen zu können. Noch immer gilt das Wort aus dem Tell: Der Starke ist am mächtigsten — allein! Es ist nur gut, daß die deutsche Politik nicht in der Leipziger Straße gemacht wird, denn sonst könnten wir erleben, daß die Hallesche Zeitung eines schönen Tages ganz allein auf der Welt stände, in den Händen nur noch den krummen Federkiel und unter sich lediglich den Redaktionsschemel.

* **Vorfrühlingswetter im Januar.** Die Luft ist lau und der Himmel trübe, ein wässriger Dunst schwebt wie Nebel in der Luft, und von den Bäumen, Simsen und Dächern tropft es, als wollten die Vorboten des Lenzes schon aufräumen mit den letzten Resten der weißen Winterherrlichkeit, die nur noch weit draußen auf den Fluren und in den Wäldern ein ganz klein wenig von einstiger kalter und glitzernder Pracht zeugen. Die Wetterfahnen zeigen Südwind, und vor seinem belebenden Hauche treibt der vom Eis befreite heimatliche Strom seine hochgehenden, rauschenden Fluten dem Meere zu. Er mutet an wie der Märzen, dieser Januarius, und wir lassen es uns gefallen, denn die Sehnsucht des Menschen bleibt doch immer der Frühling und der — Frieden.

* **Noch zwei Kälteperioden?** Die Wetterdienststelle Ilmenau stellt auf Grund ihrer zwölfjährigen Beobachtung für dieses Jahr noch wenigstens zwei Kälteperioden in Aussicht. Verstanden wird darunter die Zeit von drei oder mehr Tagen hintereinander, an denen die mittlere Tagestemperatur unter 0 Grad ist. Es ist auch zu wünschen, daß die gegenwärtige Frühlingswärme nicht zu lange anhält, damit die Pflanzenwelt nicht zu früh sich entwickelt.

* **Mehr Holz verfeuern!** Die Ortskohlenstelle macht wiederholt darauf aufmerksam, daß Haushalte, die bis jetzt zu viel Kohle verbraucht haben, auf eine weitere Belieferung nicht mehr rechnen können. Die Stadtgemeinde hat aus diesem Grunde für Zufuhr größerer Mengen von Brennholz gesorgt. Wir empfehlen nun dringend, um weitere Kohlenmengen zu sparen, ausgiebig mit diesem Holze zu heizen. Es kann von den Firmen Fachse u. Müller, Proepper u. Co., Fr. Jesau, G. Pauly, Mehnert u. Müldener und Buchmann u. Co. bezogen werden.

* **Die Ausgabe der Brotmarken.** Um unnötigen Andrang in den städtischen Markenausgabestellen zu verhindern, findet die Ausgabe der Brotmarken in wöchentlichen Zwischenräumen, und zwar nur noch nach folgender ständiger Reihenfolge statt, wie nochmals bei der Wichtigkeit dieser Sache mitgeteilt sei: an die Brotausweisinhaber mit den Anfangsbuchstaben A—F jeden Montag, G—H jeden Dienstag, J—L jeden Mittwoch, M—R jeden Donnerstag, S—T jeden Freitag, U—Z jeden Sonnabend. Da die ausgegebenen Brotmarken stets nur für die nächste Kalenderwoche Gültigkeit haben, gelangt jeder Haushalt rechtzeitig in den Besitz seiner Brot-

Lisette.

28] **Eine flämische Dorfgeschichte.**

Von O. Bilsener.

Deutsche Uebertragung von Hermine Schmidt-Lahr.

Da ertönte von draußen das Fauchen des heranfahrenden Autos. Der Erwartete trat ein, gleichzeitig mit dem Pfarrer, der den Kopf schüttelte und dann wieder vor sich hinnickte, als wollte er sagen: Anders konnte das ja nicht enden. Der Mann der Wissenschaft untersuchte die Wunde. Dann fällte er, während Roels Herzschlag aussetzte, sein Urteil: An eines Haares Breite hatte es gefehlt und der Stoß wäre tödlich gewesen. Glücklicherweise hatte eine Rippe den Stoß der Waffe aufgehalten und, abgesehen vom Bluterguß, der den Patienten sehr geschwächt habe, sei nichts sehr Ernstliches. Mit seiner robusten Konstitution könne er, wenn keine Komplikationen einträten, in drei Wochen wieder auf den Beinen sein.

Vater Roels weinte heiße Tränen.

Der Arzt legte einen Verband an und gab genaue Verordnungen, versprach am folgenden Morgen wiederzukommen und fuhr mit dem pustenden und Benzindämpfe ausstoßenden Auto wieder davon.

Die Nacht verging ohne Zwischenfall. Der Arzt kam, erneute den Verband und hatte tröstliche Worte. Edgar müßte bald über den Berg sein. Gott sei Dank, die Hauptsorge war vorüber.

Um sich bis zur vollkommenen Genesung den Himmel zu versöhnen, sandte Roels, der, so lange alles glatt ging, auch nicht einen Pfifferling auf Religion hielt, Vanlier auf eine Wallfahrt nach der heiligen Quelle von Montaigu. Dann ließ er, durch Vermittlung des Pfarrers, eine barmherzige Schwester kommen, die sich am Krankenbett festsetzte.

Nach zwei oder drei Nachtwachen begab sich der Erbpächter wieder an seine Alltagsarbeit. Das mußte wieder sein. Aber sobald er seine Obliegenheiten erledigt hatte, brachte er jeden freien Augenblick bei dem Kranken zu. Er wandte alles auf, ihn zu unterhalten und zu erheitern, ja er wurde mütterlich zärtlich gegen ihn. Die ganze Wirtschaft mußte sich nach Edgar richten. Aus der Stadt ließ Roels die besten, teuersten und ausgefallensten Dinge für ihn kommen, die mildere Sonne gereift hatte.

Unter solcher Behandlung, in dieser liebevoll schonenden Umgebung, erholte sich der junge Mann ersichtlich. Um so fester klammerte er sich nun ans Leben, als er die drohende Nähe des Todes verspürt hatte.

Vierzehn Tage waren so hingegangen. Da erlaubte der Doktor Edgar aufzustehen. Er hielt einen Rückfall für ausgeschlossen, und hielt es für unnötig, wiederzukommen.

Man hatte bisher Edgar alles, das sich auf die Unglücksnacht bezog, verheimlicht. Nun verlangte er zu wissen. Seine Erinnerungen waren schwach. Im Nebel der Vergangenheit, die ihm, so nah sie war, unendlich fern dünkte, sah er nur Lisette in seiner Gewalt. Dann war eine Lücke in seinem Gedächtnis. Man teilte ihm vor allen das eine mit, daß es Colas war, der ihn niederstieß. Nun war der hinter Schloß und Riegel und, wie man hörte, von heftigen Gewissensbissen gequält. Und Lisette?

Der Pfarrer, der ihn täglich besuchte, belehrte ihn: Das Unglück, das ihn betroffen habe, war vielleicht eine Mahnung des Allmächtigen, dessen Wege unergründlich sind. Jetzt hieß es für ihn ernsthaft zu werden. Die Zeit der Jugendtorheiten war vorbei. Und Roels überbot den Pfarrer noch. In der ersten Zeit war Nolf, der sich etwas darauf zugute tat, dem Erbpächter am verhängnisvollen Tag zur Seite gestanden zu haben, jeden Tag gekommen, um den Verwundeten zu besuchen. Er setzte sich förmlich an seinem Bett fest. Roels, der am Anfang zu erschüttert und mit Rücksicht auf die geleisteten Dienste nicht ganz frei von seinen Entschlüssen war, hatte nicht sofort begriffen, wie kompromittierend die Dienstbeflissenheit des Biedermannes war. Nun sollte aber doch Edgar das Frauenzimmer los werden, das ihn schon so manche Nuß zu knacken aufgegeben und Zwietracht zwischen Vater und Sohn gesät hatte. Die verdammte Affäre sollte doch jetzt ein Ende haben. Hoffentlich kam Edgar selbst nicht mehr darauf zurück. So schob denn Roels Nolf sanft beiseite und ließ ihm einfach immer schon beim Hauseingang durch die Obermagd mitteilen, wie sich Edgar befinde, wenn der Alte kam, um nach dem Patienten zu sehen. Die Fragen Edgar selbst beantwortete Roels ausweichend. Und bei jeder Gelegenheit malte er ein langes und breites aus, was für ein friedliches und glückliches Dasein sie doch früher führten, als noch keine Mißverständnisse sich zwischen ihnen erhoben hatten. Aber diese glückselige Zeit würde ja wiederkommen. Auf die priesterlichen Ermahnungen und die zärtlichen väterlichen Auseinandersetzungen antwortete Edgar nur mit allgemeinen Redensarten, die ihn für die Zukunft zu nichts verpflichteten. Seine innere Wirrnis war noch zu groß, als daß er sich sein ferneres Verhalten ausdenken konnte. Je mehr sein Gehirn wieder zu scharfen Unterscheidungen fähig wurde, um so genauer rief er sich die früheren Ereignisse ins Gedächtnis zurück. Er überschlug die Vorteile von Für und Wider und machte sich seinen eigenen Vers auf die Möglichkeiten einer guten Zukunft. Da seine Umgebung sich über die Vorgänge der unheilvollen Nacht äußerst zurückhaltend äußerten, begannen seine Gedanken, sobald er wieder im Besitz seiner alten Kräfte war, unaufhörlich um jene Ereignisse zu kreisen. Je einsilbiger man war, je brennender wurde seine Begierde zu wissen, was war aus Listte geworden? Was tat sie? Was sagte sie? Warum verheimlichte man ihm alles und heuchelte, ihn nicht zu verstehen, wenn ihr Name von seinen Lippen kam? Wo war sie?

Lisette hatte 48 Stunden im Fieber gelegen, und als sie wieder zum Bewußtsein kam, hatte sie sich vor einem Abgrund gesehen, in dem sie der geringste Stoß hineinzuschleudern drohte.

Der arme Colas, der ihr so teuer war, und der um seiner Liebe willen zum Verbrecher geworden war, wann würde sie ihn wiedersehen, wann überhaupt je? Denn für die Verwundung eines Edgar, der doch nicht der erste Beste war, würde das Gericht hart mit ihm verfahren, um so mehr, als es sich immer unbarmherziger solchen Verfehlungen gegenüber zeigte. Die ländlichen Messerhelden nahmen allmählich auch zu sehr überhand, so daß man jetzt die geringste Verwundung immer mit sechs Monaten Gefängnis büßen mußte.

Es war für sie kein Zweifel, daß Edgar von seiner Leidenschaft für die Rebellin geheilt war, nachdem er ihretwegen Blut vergießen mußte, im Augenblick, als er sich für seine Liebesmühe zu entschädigen gedachte.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180128-12/fragment/page=0005

marken. Wegen der schnelleren Abfertigung liegt es im eigensten Interesse der Markenabholer, die obige Reihenfolge genau einzuhalten. Im übrigen erfolgt die Ausgabe in den zuständigen Markenausgabestellen von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 3 Uhr.

* **Hohe Geldstrafen wegen Höchstpreisüberschreitungen.** Nach Mitteilung des Ersten Amtsanwaltes ist gegen den Lebensmittelhändler Gustav Brandt, Hardenbergstraße 15, durch Strafbefehl des Amtsgerichtes wegen Ueberschreitung des Höchstpreises für Tomaten und Meerrettich eine Geldstrafe von 50 M. oder 10 Tage Gefängnis festgesetzt worden. — Die Handelsfrau Ida Knittel, Herrenstraße 3 und der Handelsmann Eduard Stolze, Mansfelder Straße 64, haben wegen Ueberschreitung des Höchstpreises für Aepfel eine Geldstrafe von je 50 M. oder 10 Tage Gefängnis erhalten. — Gegen die Handelsfrau Anna Naumann geb. Köppchen, Saalberg 26, ist wegen Ueberschreitung des Höchstpreises für Weißkohl und Rüben auf eine Geldstrafe von 75 M. oder 15 Tage Gefängnis erkannt worden. — Die Händlerin Emma Thomas geb. Boßkugel, Zietenstraße 38, wurde wegen Ueberschreitung des Höchstpreises für Beeren usw. eine Geldstrafe von 40 M. oder 6 Tage Gefängnis und 2 Tage Haft verurteilt. — Gegen die Handelsfrau Berta Kübler, Glauchaer Straße 71, ist wegen Ueberschreitung des Höchstpreises für grüne Bohnen eine Geldstrafe von 25 M. oder 5 Tage Gefängnis festgesetzt worden. — Der Lebensmittelhändler Hermann Hensel, Kruckenbergstr. 7, hat wegen Ueberschreitung des Höchstpreises für Birnen eine Geldstrafe von 100 M. oder 20 Tage Gefängnis erhalten.

* **Die Handelskammer** hält am Mittwoch eine Gesamtsitzung im Sitzungssaale der Handelskammer ab. Auf der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung stehen unter anderm: Feststellung des Haushaltsplanes für das Jahr 1918 (Berichterstatter: Herr Manschewski); Vertretung von Industrie und Handel im Herrenhaus (Berichterstatter: Herr Reinicke); Neuordnung des Deutschen Handelstages (Berichterstatter: Herr Manschewski); Ordnung des Reichshaushalts (Berichterstatter: Herr Geheimrat Dr. Steckner); Fragen der Uebergangswirtschaft (Berichterstatter: Herr Roediger); Beteiligung des Handels am Verkehr mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen im neuen Wirtschaftsjahr (Berichterstatter: Herr Narthe).

* **Der angebliche Schriftsteller Max Treu,** vor dem wiederholt gewarnt worden ist, war jetzt vor der hiesigen Strafkammer des Betrugs in mehreren Fällen angeklagt. Er hatte mehrere Hotelbesitzer dadurch geschädigt, daß er die aufgelaufene Rechnung nicht bezahlte. Auch einige Privatpersonen sind von ihm durch aufgenommene und nicht zurückgezahlte Darlehen geschädigt. Da der Angeklagte wiederholt wegen Betruges bestraft ist, erkannte das Gericht auf eine Zuchthausstrafe von vier Jahren, auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für fünf Jahre und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Kleines Feuilleton.

Ladenpromenade.

Manchmal treibt es mich selbst in dieser Kriegszeit, einen Dämmerbummel durch die Straßen des Arbeiterquartiers zu machen, in dem ich hause, und — wie in Friedenszeiten — ein wenig auf die Auslagen der Geschäftsläden und auf die Besucher dieser Läden zu achten.

Die alten Straßen sind es noch. Aber die Läden haben sich wesentlich verändert. Plakate und Atrappen aus längst verklungenen Friedenszeiten füllen ihre Schaufenster und täuschen eine bunte Reichhaltigkeit vor, die längst in die Gefilde der Märchenhaftigkeit entflohen ist. Vernachlässigt und nüchtern schauen diese Läden auf die Straße hinaus, die bei der früh sinkenden Nacht nur schwach von spärlichem Laternenschein erhellt ist. Alle die Aufschriften der Ladenschilder lügen. Der ehemalige Glanz ihrer vergoldeten Buchstaben ist stumpf geworden. Schon rein äußerlich scheint es sich zu dokumentieren, daß in diesen Geschäften nur noch das feilgehalten wird, was die städtische Rationierung auf Kartensystem freigegeben hat.

Die ehemals so schrill und laut gellenden Türklingeln haben etwas Verrostetes und Blechernes im Klang bekommen. Die wenigen Menschen, deren Kommen und Gehen sie melden, humpeln müde, mit eckigen Bewegungen durch die Eingangspforte. Kein dienstbeflissener Ladengehilfe öffnet sie mehr; kein dienernder Ladeninhaber schließt die Pforte hinter dem mit wenigen Tüten beladenen Käufer.

Wie hat sich die Auswahl verändert! Die Zigarrengeschäfte bieten Kinderspielzeug feil, die Materialwarenhandlungen offerieren Briefpapier, die Metzger Bouillonwürfel. Phantasiepreise werden gefordert. Phantasiepreise werden gezahlt. Alle lockende Pracht ist aus den Auslagen geschwunden. Alle Konkurrenz ist tot. Spät erst öffnen die Geschäftsleute ihre Magazine, um sie, nach lang gedehnter Mittagspause, wieder früh zu schließen. Oede und verlassen gähnen die Straßen, verschlafen und müde liegen die wenigen Geschäfte, die noch offen hatten. Es ist wie ein langsames Einschlummern. Und draußen glitzert kalt und hart der sternüberfunkelte Winterhimmel.

Die Ueberschwemmungen in China müssen dies Jahr nach allen bisher eingelaufenen Nachrichten einen ungewöhnlichen Umfang erreicht haben. Die Geschichte Chinas weist furchtbare Katastrophen dieser Art auf, von deren Größe und Wirkung man sich in andern Ländern kaum eine Vorstellung machen kann. Zuweilen ist die Zahl allein der Menschenopfer, die namentlich der Gelbe Fluß, der „Kummer Chinas", aber auch der Jangtsekiang gefordert hat, nach Hunderttausenden zu beziffern gewesen. Der Unterlauf des Gelben Flusses hat Verlegungen erfahren, die etwa damit vergleichbar wären, daß die Elbe eines Tages bei Meißen ihren Lauf verließe, und sich statt bei Cuxhaven, bei Danzig ins Meer ergösse. Während er heute unmittelbar nördlich der Insel Schantung mündet, hat sein Ausfluß in früheren Zeiten in der Breite von Peking gelegen und sich andrerseits zeitweise mit dem Delta des Jangtsekiang vereinigt. Als sich jetzt bei Tientsin ungewöhnlich starke Ueberschwemmungen einstellten, entstand alsbald die Befürchtung, daß der Gelbe Fluß wiederum eine seiner ungeheuren Wanderungen angetreten hätte. Genauere Untersuchungen haben nun zwar festgestellt, daß ein Dammbruch am Unterlauf des Stromes auf der Nordseite eingetreten war, aber keine erheblichen Wassermengen in die Große Chinesische Ebene gesandt hatte, vielmehr hatte sich die Schlußfolgerung ergeben, daß der kleinere Weifluß, der nördlich vom Hwangho aus dem Bergland von Schansi austritt und etwa bei Tientsin mündet, die Schuld an den Ueberschwemmungen getragen hat. Daß aber der Gelbe Fluß seiner alten Ueberlieferung treu geblieben ist, hat die Tatsache bewiesen, daß die große Eisenbahnbrücke für die Linie von Peking nach Hankau, die vertragsmäßig 15 Jahre ohne jede Ausbesserung vorhalten sollte, schon jetzt derartig schadhaft geworden ist, daß ihre Wiederherstellung das Sümmchen von 11 Millionen Dollar erfordern wird.

*

Kürze des Ausdrucks. „Eine schwere Bluttat ist hier verübt worden. Der Schlosser Hausdorfer gab im Streit einen Revolverschuß auf einen Aufseher der Anilinfabrik ab, der sofort tödlich wirkte. Dann erschoß er seine neben ihm stehende Frau durch zwei Revolverschüsse. Nach Ausführung der Tat begab er sich in seine Wohnung und mißhandelte eines seiner Kinder. Ein zweites erschoß er. Der Mörder stellte sich selbst der Polizei." —

(Meldung des Berl. Tagebl. aus Ludwigshafen.) 62 Wörter.

Bluttat. Der Schlosser Hausdorfer erschoß im Streit einen Aufseher der Anilinfabrik, ferner seine Frau und eines seiner Kinder; ein anderes mißhandelte er. Darauf stellte er sich der Polizei.

(Neue Westd. Lehrerztg.) 28 Wörter.

Graf Czernin über die Friedensverhandlungen.

In der bereits von uns erwähnten Rede machte Graf Czernin folgende Ausführungen, die wir ihrer Wichtigkeit wegen noch nachtragen:

Es scheint mir, daß jene, welche den Verlauf der Verhandlungen in Brest-Litowsk anscheinend zu langsam finden, sich auch nicht annähernd eine Vorstellung von den Schwierigkeiten machen können, denen wir naturgemäß auf Schritt und Tritt hierbei begegnen müssen. Niemals, soviel ich weiß, haben bisher Friedensverhandlungen vor offenen Fenstern stattgefunden. Es ist ganz ausgeschlossen, daß Verhandlungen, welche an Umfang und Tiefe den jetzigen gleichkommen, von der ersten Minute an glatt und ohne den geringsten Zwischenfall verlaufen könnten. Bei den Friedensverhandlungen, die wir bisher kennen, haben sich deren verschiedene Phasen mehr oder weniger bei verschlossenen Türen abgespielt und erst nach Verlauf der Verhandlungen wurde der Welt das Ergebnis mitgeteilt. Es ist ja ganz selbstverständlich, daß der mühsame Weg solcher Friedensverhandlungen stets über Berg und Tal führt, und daß die Aussichten manchen Tag günstiger, manchen Tag weniger günstig schienen. Wenn aber diese verschiedenen Phasen und Details der einzelnen Tage in die Welt hinaustelegraphiert werden, so ist es wieder ganz selbstverständlich, daß sie bei der die ganze Welt beherrschenden Nervosität wie elektrische Schläge wirken und die öffentliche Meinung aufpeitschen. Wir waren uns über den Nachteil dieses Vorganges vollständig im klaren. Wir gaben trotzdem den Wünschen der russischen Regierung nach Veröffentlichung sofort statt, weil wir uns entgegenkommend zeigen wollten, weil wir nichts zu verstecken haben und weil es einen falschen Eindruck hätte machen können, wenn wir an dem bisher bestandenen Modus der vorerstigen Geheimhaltung festgehalten hätten.

Aber die notwendige Kehrseite dieser vollständigen Oeffentlichkeit der Verhandlungen ist die, daß die große Oeffentlichkeit, daß das Hinterland, vor allem die Führer ruhige Nerven behalten. Die Partie muß mit kaltem Blute zu Ende gespielt werden, sie wird zu einem guten Ende kommen,

wenn die Völker der Monarchie ihre verantwortlichen Vertreter auf der Friedenskonferenz unterstützen.

Vorweg sei gesagt: Die Basis, auf der Oesterreich-Ungarn mit den verschiedenen neu erstandenen russischen Reichen verhandelt, ist die ohne Kompensationen und ohne Annexionen. Das ist das Programm, von dem ich nicht abweichen werde. Ich erkläre nochmals, daß ich keinen Quadratmeter, keinen Kreuzer von Rußland verlange, und daß, wenn Rußland, wie dies scheint, sich auf den gleichen Standpunkt stellt,

die Friedensstunde kommen muß.

Diejenigen, die den Frieden um jeden Preis wollen, können Zweifel an meinen Absichten hegen, wenn ich ihnen nicht mit der gleichen rücksichtslosen Offenheit ins Gesicht sagen würde, daß ich mich niemals dazu hergeben würde, einen Frieden zu schließen, welcher über den eben skizzierten Rahmen hinausginge. Wenn unsere russischen Kampazißzenten von uns Gebietsabtretung oder Kriegsentschädigung verlangen würden, so würde ich den Krieg fortsetzen, trotz des Friedenswunsches, den ich genau so gut habe, wie sie, oder ich würde zurücktreten, wenn ich mit meiner Ansicht nicht durchdringen könnte.

Das vorausgeschickt und nochmals betont, daß für diese letzte pessimistische Annahme, daß der Friede scheitern wird, kein Grund vorliegt, da sich die Verhandlungen in den Kommissionen auf der annexions- und kontributionslosen Basis vereinigt haben, und nur neue Instruktionen der verschiedenen russischen Regierungen oder deren Verschwinden diese Basis zu verschieben imstande wären — gehe ich auf die

zwei größten Schwierigkeiten

über, welche die Gründe enthalten, daß die Verhandlungen nicht so schnell, als wir alle möchten, verlaufen. Die erste Schwierigkeit ist, daß wir gar nicht mit russischen Kompazißzenten, sondern mit verschiedenen neuentstandenen russischen Reichen zu verhandeln haben, welche untereinander ihre Kompetenzsphäre noch gar nicht abgegrenzt und geklärt haben. Es kommen hier in Betracht: das von Petersburg geleitete Rußland, zweitens unser eigentlicher neuer Nachbarstaat, die große Ukraine, drittens Finnland und viertens der Kaukasus.

Mit den ersten beiden Staaten verhandeln wir direkt, ich meine von Angesicht zu Angesicht. Mit den beiden anderen vorerst auf einem mehr oder weniger indirektem Wege, weil sie zur Zeit keine Unterhändler nach Brest-Litowsk geschickt haben. Diesen vier russischen Kompazißzenten stehen wir vier Mächte gegenüber und beispielsweise der Fall des Kaukasus, in welchem wir direkt natürlich gar keine Schwierigkeiten zu bereinigen haben, welcher aber in Konflikt mit der Türkei ist, beweist die Ausdehnung der Verhandlungsthemata.

Was uns speziell in erster Linie interessieren muß, ist jener neuerstandene große Staat, an den wir in Zukunft grenzen werden, die Ukraine. Wir sind in den Verhandlungen mit dieser Delegation bereits sehr weit gekommen. Wir haben uns auf der oben erwähnten annexions- und kompensationslosen Basis geeinigt und sind in großen Zügen darüber klar geworden, daß und wie die Handelsbeziehungen mit der neuentstandenen Republik wieder aufzunehmen seien. Aber gerade dieses Beispiel der Ukraine zeigt eine der herrschenden Schwierigkeiten. Während die ukrainische Republik auf dem Standpunkte steht, daß sie vollkommen autonom und selbständig mit uns zu verhandeln berechtigt sei, steht die russische Delegation auf der Basis, daß die Grenzen ihres Reiches und die der Ukraine noch nicht fixiert seien, daß die Grenzen der Ukraine überhaupt noch nicht definitiv abgemacht seien, und daß Petersburg infolgedessen berechtigt sei, an unseren Verhandlungen mit der Ukraine teilzunehmen, eine Ansicht, der sich die Herren der ukrainischen Delegation nicht anschließen wollen. Aber diese ungeklärte Lage der inneren Verhältnisse Rußlands war der Grund einer gewaltigen Verzögerung. Wir wären auch über diese Schwierigkeiten hinübergekommen und ich glaubte, daß die in einigen Tagen wieder aufzunehmenden Verhandlungen den Weg hier frei finden.

Wie die Sache heute steht, weiß ich nicht; denn ich habe gestern von meinem Vertreter in Brest-Litowsk folgende zwei Telegramme erhalten:

„Herr Joffe hat heute abend in seiner Eigenschaft als Präsident der russischen Delegation an die Delegationen der vier verbündeten Mächte ein Zirkularschreiben gerichtet, in welchem er bekannt gibt, daß die „Arbeiter- und Bauernregierung der ukrainischen Republik" beschlossen hat, zwei Delegierte nach Brest mit dem Auftrage zu entsenden, an den Friedensverhandlungen als Vertreter des Zentralkomitees der allukrainischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte, jedoch innerhalb der russischen Delegation als ergänzender Bestandteil derselben teilzunehmen. Herr Joffe fügt dieser Mitteilung hinzu, daß die russische Delegation bereit ist, diese ukrainischen Vertreter in ihren Bestand aufzunehmen.

Obiger Mitteilung ist die Kopie einer aus Charkow datierten, an den Vorsitzenden der russischen Friedensdelegation in Brest gerichteten, „Erklärung der Arbeiter- und Bauernregierung der ukrainischen Republik" beigeschlossen, in welcher bekanntgegeben wird, daß die Kiewer Zentralrada lediglich die besitzenden Klassen vertrete und infolgedessen nicht im Namen des ganzen ukrainischen Volkes handeln könne. Die ukrainische Arbeiter- und Bauernregierung erklärt, daß sie etwaige ohne ihr Zutun zustandegekommene Abmachungen der Delegierten der Kiewer Zentralrada nicht anerkenne, ihrerseits jedoch beschlossen habe, Vertreter nach Brest-Litowsk zu entsenden, die dort als ergänzende Bestandteile der russischen Delegation, welche sie als Bevollmächtigte der föderativen Regierung Rußlands anerkennen, aufzutreten haben werden.

Ferner die deutsche Uebersetzung des russischen Originaltextes des gestern abend erhaltenen Schreibens des Herrn Joffe in der Angelegenheit der Delegierten der Charkower ukrainischen Regierung sowie dessen zwei Beilagen lautet wie folgt:

An den Herrn Vorsitzenden der österreichisch-ungarischen Friedensdelegation.

Herr Minister, indem ich anbei eine Kopie einer von mir erhaltenen Erklärung der Delegierten der Arbeiter- und Bauernregierung der ukrainischen Republik W. M. Schacharai und E. G. Medwjedew und ihrer Mandate übersende, habe ich die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß die russische Delegation in voller Uebereinstimmung mit dem von ihr wiederholt anerkannten Rechte auf freie Selbstbestimmung aller Völker — darunter natürlich auch des ukrainischen — keinerlei Hindernisse für die Teilnahme der Vertreter der Arbeiter- und Bauernregierung der ukrainischen Republik an den Friedensverhandlungen erblickt und sie entsprechend dem von ihnen geäußerten Wunsche mit in den Bestand der russischen Friedensdelegation aufnimmt, als bevollmächtigte Vertreter der Arbeiter- und Bauernregierung der ukrainischen Republik. Indem ich dieses zu Ihrer Kenntnis bringe, bitte ich Sie, Herr Minister, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung entgegenzunehmen.

Der Vorsitzende der russischen Friedensdelegation.

Beilage. A. Joffe."

An den Herrn Vorsitzenden der Friedensdelegation der russischen Republik.

Erklärung.

Wir, die Vertreter der Arbeiter- und Bauernregierung der ukrainischen Republik, Volkskommissare für militärische Angelegenheiten W. M. Schachrai und der Vorsitzende des allukrainischen Zentralexekutivkomitees der Räte der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputation E. G. Medwjedew, die wir nach Brest-Litowsk zur Führung von Friedensverhandlungen mit den Vertretern Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei in voller Uebereinstimmung mit den Vertretern der Arbeiter- und Bauernregierung der russischen föderativen Republik delegiert worden sind, als welche der Rat der Volkskommissare anzusehen ist, erklären hiermit folgendes: Das Generalsekretariat der ukrainischen Zentralrada kann keinesfalls als Vertreter des ganzen ukrainischen Volkes anerkannt werden. Im Namen der ukrainischen Arbeiter, Soldaten und Bauern erklären wir kategorisch, daß alle Beschlüsse, die das Generalsekretariat ohne Einigung mit uns gefaßt hat, vom ukrainischen Volke nicht anerkannt werden, nicht durchgeführt werden können und keinesfalls in die Tat umgesetzt werden können.

In voller Uebereinstimmung mit dem Rate der Volkskommissare, folglich auch mit der Delegation der russischen Arbeiter- und Bauernregierung, werden wir in Zukunft die Friedensverhandlungen mit den Delegationen des Vierbundes zusammen mit der russischen Friedensdelegation führen.

Dabei bringen wir folgende Resolutionen zu Ihrer Kenntnis, Herr Vorsitzender, welche von dem Zentralexekutivkomitee der allukrainischen Räte der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten am 30. 12. 1917 (12. 1. 1918) angenommen worden ist: Das Zentralexekutivkomitee hat beschlossen, „zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen den Vorsitzenden des Zentralexekutivkomitees Genossen Medwjedew und die Volkssekretäre Satonski und Schacharai zu delegieren, die damit beauftragt sind, kategorisch zu erklären, daß alle Versuche der ukrainischen Zentralrada im Namen des ukrainischen Volkes aufzutreten, als eigenmächtige Schritte der Bourgeoisgruppen der ukrainischen Bevölkerung gegen den Willen und die Interessen der arbeitenden Klassen der Ukraine anzusehen sind, und daß keinerlei Beschlüsse, die die Zentralrada gefaßt hat, weder von der ukrainischen Sowjetregierung noch von dem ukrainischen Volke anerkannt werden, daß die ukrainische Arbeiter- und Bauernregierung den Rat der Volkskommissäre als Organ der allrussischen Sowjetregierung für berechtigt ansieht, im Namen der ganzen russischen Föderation aufzutreten, und daß die Delegation der ukrainischen Arbeiter- und Bauernregierung, die zu dem Zweck entsandt worden ist, um die eigenmächtigen Schritte der ukrainischen Zentralrada aufzudecken, zusammen mit der allrussischen Delegation und in voller Uebereinstimmung mit dieser auftreten wird.

Zusatz. Das von dem Volkssekretariate der ukrainischen Arbeiter- und Bauernrepublik am 30. Dezember 1917 erteilte Mandat.

Anmerkung: Der Volkssekretär für Volksaufklärung Wladimir Petrowitsch Satonski ist unterwegs erkrankt und daher nicht gleichzeitig mit uns eingetroffen. Januar 1918.

Der Vorsitzende des Zentralexekutivkomitees der allukrainischen Räte der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten Medwjedew.

Der Volkskommissär für militärische Angelegenheiten Schacharai.

Mit dem Original übereinstimmend, der Sekretär der Friedensdelegation, Leo Karachan."

Beilage Ib. Auf Beschluß des Zentralexekutivkomitees der Räte der Arbeiter-, Bauern- und Soldatendeputierten der Ukraine bevollmächtigt das Volkssekretarit der ukrainischen Republik im Namen der Arbeiter- und Bauernregierung der Ukraine hierdurch den Vorsitzenden des Zentralexekutivkomitees der Räte der Arbeiter-, Bauern- und Soldatendeputierten der Ukraine Jefin Gregoriewitsch Medwjedew, den Volkssekretär für militärische Angelegenheiten Wasili Matwjejewitsch Schacharai und den Volkssekretär für Volksaufklärung Wladimir Petrowitsch Satonski im Namen der ukrainischen Volksrepublik an den Verhandlungen mit den Regierungen Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, der Türkei und Bulgariens über die Friedensbedingungen zwischen den genannten Staaten und der russischen föderativen Republik teilzunehmen. Zu diesem Zwecke wird den genannten Bevollmächtigten Jefin Gregoriewitsch, Medwjedew, Wasili Matwjejewitsch, Schacharai und Wladimir Petrowitsch Satonski das Recht eingeräumt, in allen Fällen, wo sie dies für notwendig halten, Erklärungen abzugeben und Schriftstücke zu unterzeichnen im Namen der Arbeiter- und Bauernregierung der ukrainischen Republik. Alle ihre Handlungen sind die Bevollmächtigten der ukrainischen Arbeiter- und Bauernregierung verpflichtet, in Uebereinstimmung zu bringen mit den Handlungen der Bevollmächtigten der Arbeiter- und Bauernregierung der russischen föderativen Republik, als welche der Rat der Volkskommissare anzusehen ist

Im Namen der Arbeiter- und Bauernregierung der ukrainischen Volksrepublik die Volkssekretäre für internationale Angelegenheiten, für innere Angelegenheiten, für militärische Angelegenheiten, für Justiz, für Arbeit, für Verpflegung.

Der Geschäftsführer des Volkssekretariates.

Charkow, 30. Dezember 1917. (12./1. 1918.)

Mit der Kopie übereinstimmend. Der Vorsitzende der russischen Friedensdelegation. A. Joffe.

Das ist jedenfalls eine neue Schwierigkeit — denn wir können und wollen uns nicht in die internen Angelegenheiten Rußlands einmischen.

Ist aber dieser Weg einmal frei, so wird sich auch weiter keine Schwierigkeit bieten; wir werden übereinstimmend mit der ukrainischen Republik konstatieren, daß die alten Grenzen zwischen Oesterreich-Ungarn und dem früheren Rußland auch zwischen uns und der Ukraine gelten.

(Der zweite Teil der Rede Czernins, der sich an den Vortrag dieser Dokumente anschloß, folgt in nächster Nummer.) Red.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180128-12/fragment/page=0006